

# Ostdeutsche Presse.



Erscheint täglich, ausgenommen an Sonn- und Festtagen, je 2-4 Bogen stark.  
**Wöchentlich drei Gratis-Beilagen:** „Bromberger Verkehrs-Zeitung“ (4 Seiten stark),  
 „Unterhaltungsblatt“ (8 Seiten stark),  
 „Illustriertes Unterhaltungsblatt“ (8 Seiten stark).  
 In Bromberg kostet die Zeitung: Abgeholt aus unserer Geschäftsstelle, Wilhelm-Strasse 20,  
 oder aus einer unserer Ausgabestellen **vierteljährlich 1,75 Mark**, für **2 Monate 1,20 Mark**,  
 für **1 Monat 0,60 Mark**.  
 Frei ins Haus: **vierteljährlich 2 Mk.**, für **2 Monate 1,40 Mk.**, für **1 Monat 0,70 Mk.**  
 Für Auswärts nimmt jede Postanstalt Bestellungen entgegen (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 6119)  
 und kostet die Zeitung **vierteljährlich 2 Mark**.

Anzeigen nehmen außerhalb sämtliche Zeitungen an; außerdem Rudolf Wosse, Gaafenstein u.  
 Bogler, G. L. Daube u. Co., sowohl in Berlin als ihren übrigen Nebenplätzen; Bernhard Arndt  
 in Berlin; Heinrich Eisler in Berlin, Hamburg, S. Salomon, Stettin; Sociétés Havas Laritte  
 & Co., Paris 8 Place de la Bourse. Alois Herndl, Wien, I. Schulerstrasse 14.  
 Die 7-gespaltene Beizeile oder deren Raum kostet **20 Pf.** Arbeitsmarkt **15 Pf.**  
 Reklamen-Zeile **50 Pf.** Wohnungs-, Arbeitsmarkt- und Auktions-Anzeigen dieser Zeitung finden  
 unentgeltliche Aufnahme in dem „Bromberger Straßen-Anzeiger“, welcher täglich an die  
 Anschlagtafeln gehet wird.  
 Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn das Porto beigefügt war.

28. Jahrgang. **Unsere Geschäftsstelle besorgt Anzeigen für sämtliche in- und ausländische Zeitungen zu Originalpreisen ohne jeden Aufschlag.** 28. Jahrgang.

**Nr. 46. Bromberg, Mittwoch, den 24. Februar. 1904.**

**Nur 67 Pf.**  
 kostet diese Zeitung für den Monat  
 März bei allen Postanstalten.  
 In Bromberg kann die Zeitung in  
 unserer Geschäftsstelle, Wilhelm-  
 strasse 20, bei sämtlichen Ausgabestellen  
 und den Zeitungsfrauen bestellt  
 werden und kostet monatlich  
 frei ins Haus nur **70 Pf.**  
 abgeholt nur **60 Pf.**  
 bei Vorausbezahlung.  
 Probenummern stehen unentgeltlich  
 zur Verfügung.

## Der Spruch des Haager Schiedsgerichts.

In der venezolanischen Angelegenheit ist gestern der Schiedsspruch des Haager Schiedsgerichtshofes ergangen. Das Schiedsgericht hat einstimmig entschieden, daß den drei Blockademächten Deutschland, England und Italien das Vorzugsrecht auf 30 Prozent der Zölle von La Guayra und Puerto Cabello zusteht.

Jede Partei wird die Kosten, die ihr aus dem Verfahren entstanden sind, tragen und mit den andern Parteien zu gleichen Teilen die Kosten des Schiedsgerichts übernehmen. Die Vereinigten Staaten sind beauftragt worden, den Schiedsspruch binnen drei Monaten zu vollziehen.

Bekanntlich war der Anspruch der Blockademächte auf Vorkzugsbehandlung ihrer Forderungen vor den anderen Gläubigern Venezuelas nicht bloß von Venezuela, sondern u. a. auch von Frankreich scharf bekämpft worden. Bemerkenswert ist nun, daß der Schiedsgerichtshof die Vorkzugsrechte der Blockademächte, zu denen auch Deutschland gehört, einstimmig anerkannt. Der venezolanische Streitfall wäre nun, da es gegen den Schiedsspruch eine Appellation nicht gibt, definitiv aus der Welt geschafft, wenn es Herrn Castro, der noch immer Präsident der südamerikanischen Republik ist, nicht beliebt, neue Schwierigkeiten zu machen. Indessen darf man annehmen, daß Herr Castro aus dem energischen Vorgehen Deutschlands und Englands, das den Venezolanern seinerzeit ihre Flotte kostete, inzwischen nützliche Lehren gezogen haben wird und es sich nicht ein zweitesmal einfallen läßt, mit einer Großmacht anzubinden. Auch wird Castro nunmehr wohl wissen, daß man nicht ohne weiteres Schulden machen und sich hinterher freundschaftlichen Mahnungen der Gläubiger gegenüber taub stellen kann.

Bezüglich des gestern im Haag gefällten Urteils wird von dort noch gemeldet: Nach Verlesung des Urteilspruches in der venezolanischen Angelegenheit hielt Murawjow eine Rede, in der er ausführte, der Gerichtshof habe das Urteil nach sorgfältiger Prüfung in voller Unparteilichkeit gefällt. Die Arbeiten des Schiedsgerichts, die im Frieden begonnen seien, seien unter Kriegslärm zu Ende geführt worden. Man sei gewiss, den Krieg als rechtmäßiges Verteidigungsmittel für Ehre und Freiheit zu akzeptieren. Die gerechte Vorsehung, die die Schlachten lenke, werde einen Unterschied machen zwischen dem Recht und den unbegründeten Anmaßungen. Nach Beendigung des Krieges zwischen einem europäischen und einem asiatischen Volke werde von neuem das Licht leuchten. Der Haager Schiedsgerichtshof werde das Bollwerk der Gerechtigkeit, Wahrheit, Vernunft, und die Hoffnung der Zukunft bleiben.

## Der Krieg.

Das „Militärwochenblatt“ vom heutigen 23. Februar beschäftigt sich mit der Frage nach den Landstreitkräften der Kriegführenden Parteien. Es stellt dabei nur die Kräfte gegenüber, die in den nächsten Monaten in Ostasien tatsächlich zur Stelle sein werden. Es sind das die japanische aktive Armee in Stärke von 165 884 Mann, während an russischen Streitkräften, Marineleistungen der sibirischen Bahn nach rein schematischer Berechnung zu Grunde gelegt, am 10. Fe-

bruar rund 130 000 Mann, am 3. März rund 158 000 Mann, am 19. März rund 183 000 Mann, am 4. April rund 208 000 Mann, am 20. April rund 232 000 Mann vorhanden sein sollen. In bezug auf die japanische Landung und den russischen Aufmarsch lassen sich die wesentlichsten Gesichtspunkte der ausführlichen Darstellung des „Militärwochenblatts“ folgendermaßen zusammenfassen. Nachdem die Landung von drei japanischen Divisionen in Korea begonnen hat (in Fusan, Mofampo, Tschemulpo und Genfan), ist es wegen der japanischen Seerfolge wahrscheinlich, daß sie das Gros ihrer Kräfte in Tschemulpo landen werden. Über die japanischen Landungsoperationen sind nur „sehr vage“ Vermutungen möglich. Die letzten diplomatischen Verhandlungen scheinen dem japanischen Obersten Naka recht zu geben, der Charbin als Schlüssel der russischen Stellung ansieht und eine japanische Offensive nach der Mandchurie hinein in Aussicht stellt. Außer der Landung in Korea kommt für die Japaner auch eine solche bei Schanghaiwan oder Ninkou in Betracht, welche die russische Verbindungslinie Charbin-Mukden-Port Arthur sofort bedrohen würde; vorläufig scheinen die Eisverhältnisse eine Landung bei Ninkou und südlich zu verbieten. Betreffs des mutmaßlichen russischen Aufmarsches scheint das zweite und dritte sibirische Korps mit einer Geschützstärke von rund 35 000 Mann am Nalu aufzumarschieren. Dieser Aufmarsch ist auch durch die Lage geboten. Bleiben die Japaner in Korea defensiv, so führt vom Mündungsgebiet des Nalu der kürzeste Weg ins Herz Koreas, nach Seoul; handeln die Japaner nach Nakas Anweisung, so müssen ihre Hauptkräfte den Nalu bei Widschu überschreiten. Eine zweite russische Aufmarschgruppe ergibt sich um Wladimostok, wo etwa 60 000 Mann versammelt sein mögen. Vielleicht halten die Russen auch dort eine Landung des Feindes für nicht ausgeschlossen; doch ist auch eine offensive Verwendung dieser Gruppe möglich. Beide Gruppen sind 600 bis 700 Kilometer voneinander entfernt. Jede für sich ist einer geschlossenen vorgehenden japanischen Armee zunächst weit unterlegen, falls eine einseitige Offensive der Japaner beginnt, bevor genug russische Verstärkungen heran sind.

## Der Schauplatz der Landkämpfe.

An die Ankündigung, daß das russische Hauptquartier nach Charbin verlegt worden sei, knüpft ein militärischer Fachmann in der „N. Fr. Presse“ folgende Betrachtung: „Diese Ankündigung läßt deutlich erkennen, daß die russische Heeresleitung vorläufig einer Entscheidung ausweichen und die Armee, um für das Herankommen der Verstärkungen aus Europa Zeit zu gewinnen, zehntend zurückziehen will. Mit einem Worte, Rußland scheint entschlossen, den Krieg vorläufig in hinhaltender Weise zu führen. Japan hat im Gegenzuge auf Rußland das größte Interesse daran, die Entscheidung binnen kürzester Frist herbeizuführen; es wird also das Prinzip der relativen Überlegenheit ausnützen und die russischen Streitkräfte in der Mandchurie noch vor dem Eintreffen des Gros der europäischen Verstärkungen entscheidend schlagen und, wenn möglich, auch vernichten müssen. Um diesen Zweck zu erreichen, müßte die japanische Heeresleitung einen Landungspunkt wählen, der so nahe als möglich dem neuen Hauptquartier in Charbin und der am Sungari-Mündung befindlichen Zwischenbasis der Russen liegt, und von wo aus deren Verbindungslinie mit Zerkutz bedroht werden könnte. Ein solcher Landungspunkt wäre aber weder bei Port Arthur, das 900, noch an der Nalumündung, die 700 Kilometer von Charbin entfernt ist, sondern bei Wladimostok zu suchen. Nur 500 Kilometer trennen diese an der Amrubai gelegene Land- und Seefestung von Charbin. Allerdings hätten die Japaner von ihrem Landungsplatz, mag dieser nun in der Amrubai bei Wladimostok oder in der Vokjetbai oder endlich in der Mjuriubai liegen, in der Richtung auf Charbin ein ziemlich hohes Gebirge zu überschreiten, um in das Flußgebiet des Sungari zu gelangen, sie werden aber dort sogleich in eine sehr fruchtbare Gegend treten und könnten sich auch möglicherweise in den Besitz der von Wladimostok über Nikolskoje nach Charbin führenden Eisenbahn setzen und dieselbe für ihre Zwecke ausnützen. Endlich würde eine solche Operation für die Japaner im Falle eines Gelingens auch große strategische und politische Folgen haben, denn sie würden damit die ganze südliche Mandchurie, das Kwantunggebiet mit Port Arthur und Korea abschneiden und isolieren. Allerdings würde die Ausführung einer solchen maritimen und landstrategischen Umgehung auf Seite der Japaner große Mühseligkeit und bedeutenden Wagemut voraussetzen, denn im Falle des Mißlingens wären die Folgen für das Inselreich geradezu unberechenbar.“

Über die Widerstandskraft von Port Arthur wird in den „B. B. N.“ ausgeführt: Mit der fort-

schreitenden Schwächung der im Golf von Petschili stationierten russischen Flotte rückt der Zeitpunkt näher, wo es sich erweisen muß, ob die Widerstandsfähigkeit Port Arthurs groß genug sein wird, um eine Landung japanischer Truppenkörper an der Südküste der Liaotunghalbinsel dauernd verhindern zu können. Nach der Landseite ist Port Arthur durch zahlreiche, im Salbtreis gelagerte Hügel von mäßiger Höhe geschützt, die, durch außerordentlich starke Werke und Batterien gesichert, einem Gegner den Zutritt von dieser Seite her verchiessen. Die Zahl der in diesen Forts befindlichen Geschütze beträgt 400, ihr Kaliber bewegt sich zwischen 5, 9 und 11 englischen Zoll. Ebenso beherrschen zahlreiche Forts den Zugang von der Seeseite. Trotz ihrer erhöhten Lage, die eine weitreichende Beobachtung und Feuerwirkung ermöglicht, sind sie für den Angreifer völlig unsichtbar, während sie andererseits der eigenen Besatzung die denkbar größte Sicherheit gegen feindliches Feuer gewähren. Durch mächtige elektrische Scheinwerfer kann die Außenrede und das angrenzende Wassergebiet in ausreichendem Maße beleuchtet werden.

Während anscheinend der Stand der Kriegsvorbereitungen innerhalb der russischen Marine manches zu wünschen übrig läßt, ist in Port Arthur in jeder Beziehung für eine völlige Kriegsbereitschaft des Flakes Sorge getragen. Umgefaßt die gleiche Zahl von Geschützen, wie in den Batterien der Murkenforts, befinden sich in den Reserve-Artilleriemagazinen, dazu bedeutende Bestände von Munition, Wagen und Ausrüstungsgegenständen aller Art. Von Nahrungs- und Genußmitteln sind enorme Vorräte an Konserven, Mehl, Wein und Spirituosen vorhanden, in dessen dürfte bereits ein Mangel an frischem Fleisch und Gemüse eingetreten sein, da die Zufuhr von Tschifu und aus der Mandchurie aufgehört hat. Gleichwohl ist durch Anhäufung von Futtermitteln für den Unterhalt der zahlreichen Pferde, Maultiere usw. Sorge getragen, Wasser ist in reichlicher Menge und guter Qualität vorhanden, in dessen wird man, obwohl die Verproviantierung des Flakes seit zwei Jahren im Gange ist, mit der Möglichkeit zu rechnen haben, daß Port Arthur bei völliger Abschließung von außen nicht länger als fünf bis sechs Monate ohne neue Zufuhr sich halten kann.

Dazu kommt, daß das Hafens- und Festungsgebiet für einen Massen-Geschützeangriff von der Seeseite her ein ziemlich günstiges Objekt bietet. Wenn auch nur die stärksten Geschütze des Angreifers für eine Feuerwirkung von der Seeseite in Betracht kommen, so liegt doch, da dem Admiral Togo 24 zwölfzöllige Rohre zur Verfügung stehen, die Möglichkeit vor, vorausgesetzt, daß je ein Schuß in 2 Minuten abgegeben werden kann, in der Minute 12 Geschosse von je 700 engl. Pfund Gewicht in das Innere von Port Arthur hineinzuworfen. Unter diesen Umständen müssen die vielfach nicht massiv gebauten Vorratshäuser, Werkstätten, die Munitionsschuppen und vor allem die an zahlreichen Stellen freiliegenden Kohlenmengen die Gefahr einer Katastrophe noch bedeutend vermehren.

Noch gefährlicher erscheint die Lage des benachbarten Hafens Dalni (Sa-lien-wan), der mit Port Arthur durch eine flüchtig gebaute, wenig widerstandsfähige Bahn verbunden ist. Die rückwärtige Verbindung wird durch zwei niedrige Hügelketten erschwert, die sich quer über den südlichen Isthmus hinziehen und die Festsetzung eines japanischen Landungskorps infolgedessen begünstigen würden, als dieses, durch die Batterien einer in der Nähe befindlichen Flotte gebot, eine ziemlich gesicherte Position einnehmen und so Entlastungsversuche vom Norden her entgegenreten könnte. Die Schwierigkeit der russischen Position in Port Arthur, das zugleich den Endpunkt der mandchurischen Eisenbahn Charbin-Mukden-Niutšamang-Dalni bezeichnet, wird durch diese Eventualität keineswegs vermindert.

## Vom Kriegsschauplatz.

**Port Arthur, 21. Februar.** (Telegramm der Russischen Telegraphen-Agentur.) Die Meldung über den japanischen Torpedoangriff am 14. d. Mts. ist erfunden zum Zweck der Aufmunterung der japanischen Flotte. Einzig wahr daran ist, daß ein Schneesturm geherrscht hat. Alle früheren und späteren Versuche der Japaner sind nicht ohne Verlust zurückgewiesen worden.

**Newyork, 23. Februar.** (Telegramm.) Nach einer Meldung aus Nagasaki vom heutigen Tage hat das russische Wladimostok-Geschwader die Absicht gehabt, Sakodate zu bombardieren, ist aber durch Schneefall in der Tsungarustrasse daran gehindert worden. Die Bewohner der Stadt Wladimostok sind aufgefordert worden, wegen Mangel an Lebensmitteln die Stadt zu verlassen.

**London, 23. Februar.** (Telegramm.) „Daily Telegraph“ meldet aus Nagasaki von gestern, das japanische Geschwader habe vor Port Arthur vier russische Torpedojäger weggenommen und die Mannschaft gefangen genommen. Die Japaner hätten sich russischer Signale bedient.

**London, 23. Februar.** (Telegramm.) Der „Standard“ meldet aus Wai-hei-wai, die Japaner transportierten ein Armeekorps, aus drei Divisionen bestehend, nach Korea. Die zwölfte Division werde jetzt verschifft und die Garbedivision werde ihr folgen. Die Operationsbasis sei zur Zeit Tschemulpo. Die ausgeschifften Regimenter gingen dann über Seoul nach Norden. Kleine Detachements seien bereits nach Norden vorgeschoben, um Magazine zu errichten. Man erwartet den allgemeinen Vormarsch auf Pjöngjang demnächst.

**London, 23. Februar.** (Telegramm.) „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio, dort wurde amtlich bekannt gegeben, mehrere russische Jägerabteilungen seien in Kasa in Korea eingetroffen. Einzelne hätten bereits den Tschjongfluß bei Tschjongjangfu überschritten und den Telegraph bei Andschu durchschnitten.

**Niutšamang, 23. Februar.** (Telegramm.) (Neutermeldung.) Statthalter Nerejew und der Generalstab haben ihr Standaquartier nunmehr in Charbin aufgeschlagen.

**Tokio, 22. Februar.** Die Mannschaft und die Passagiere des in der Meerenge von Tsugaru durch die Russen zum Sinken gebrachten japanischen Dampfers Kananoura-Maru wurden mit Ausnahme von zwei Mann von den russischen Kriegsschiffen vor dem Ertrinken gerettet und aufgenommen. Sie sind heute mit einem deutschen Dampfer, von Wladimostok kommend, in Nagasaki eingetroffen.

**Tientsin, 22. Februar.** Bis jetzt ist die angekündigte Entsendung kaiserlicher chinesischer Truppen von hier nach der Grenze nicht erfolgt. Als wahrscheinlicher Grund wird angesehen, daß Rußland sich weigere Gewähr dafür zu leisten, daß die Gegend am Quankou, falls es dort zu Feindlichkeiten kommt, als neutral angesehen werde.

**Köln, 22. Februar.** Der „Rheinischen Zeitung“ wird aus Petersburg, 22. d. M., telegraphiert: Nach einer Meldung aus Port Arthur waren am 21. d. morgens schwache Schiffe vom Meere her bemerkbar. Wahrscheinlich verbrachten japanische Torpedoboote, sich dem Hafen zu nähern. — Die Erklärung Japans, es betrachte Kohlen und Lebensmittel durchaus als Kontrabande, wird als eine Willkür bezeichnet. Das Wort des Statthalters fordert, daß die Engländer den russischen Schiffen gestatten, sich in Singapore und Hongkong mit Kohlen zur Fahrt bis nach Port Arthur zu versorgen, das heißt auf 12 Tage, und den japanischen Schiffen für die Fahrt bis Kormosa, das heißt für zwei Tage.

**Suez, 22. Februar.** Heute trafen das russische Transportschiff „Drel“, von Nschibuti kommend, und das russische Transportschiff „Smolensk“, vom Süden kommend, hier ein. Beide Schiffe sind in den Kanal eingelaufen.

## Die Neutralen.

**Rom, 22. Februar.** Deputiertenkammer. Santini bringt eine Interpellation ein, welches Vorgehen die Regierung bei dem russisch-japanischen Kampfe eingeschlagen habe oder einschlagen beabsichtige im höheren Interesse des Friedens, zum Schutze der italienischen Untertanen und des italienischen Handels und zur Verteidigung des berechtigten Einflusses Italiens auf die internationale Politik. Minister des Äußeren, Tittoni, erklärt darauf, er könne nur auf die Neutralitätserklärung Italiens verweisen; der Minister legt entschiedene Verwahrung gegen die Äußerungen Santinis ein, die nicht im Einklang mit den zwischen Italien und Rußland bestehenden Beziehungen ständen, die die freundschaftlichsten seien und welche Italien unverändert erhalten wolle. (Beifall.)

**Washington, 23. Februar.** (Telegramm.) In der Antwort Japans auf die Note des Staatssekretärs Hay heißt es: Japan sei bereit, die Neutralität Chinas in den mit Rußland besetzten Gebieten zu achten, vorausgesetzt, daß Rußland dieselbe Verpflichtung eingetht. Rußland hat den Vorschlag Japans unter der Bedingung angenommen, daß China strikte Neutralität bewahre und Japan das Völkerrecht und die mit den Mächten geschlossenen Verträge achtet.

**Washington, 23. Februar.** (Telegramm.) [Neutermeldung.] In Regierungskreisen herrscht Unruhe angesichts der Möglichkeit, daß es wegen

Der Anschauungen, welche die kriegführenden Parteien über Kontrebande haben, zu einer Fiktion kommen könnte. Zur Zeit befinden sich große Mengen amerikanischer Lebensmittel auf See, die nach russischen und japanischen Häfen bestimmt sind. Während der letzten Jahre haben die Vereinigten Staaten stets daran festgehalten, daß Lebensmittel nur dann Kontrebande seien, wenn sich klar nachweisen lasse, daß sie für eine der kriegführenden Parteien bestimmt seien.

Washington, 23. Februar. (Telegramm.) Der zum Konsul in Dahn ernannte Morgan reist am 26. d. Mts. von San Francisco ab, bleibt aber bis zum Eingang neuer Anweisungen in Shanghai.

#### Spanien und der Krieg.

Madrid, 23. Februar. (Telegramm.) Die Regierung verstärkt auch die Mannschaften längs der portugiesischen Grenze. Bei den gestrigen Kundgebungen der Republikaner vor der Kammer mußte die Polizei den Platz mit gezogenem Säbel säubern.

Madrid, 23. Februar. (Telegramm.) (Deputiertenkammer.) Das Ministerium verlangt einen ordentlichen Kredit von 824 500 Pesetas für Kriegsmaterial und von 950 000 Pesetas für die Marine zur Verteidigung der Küsten. In Beantwortung einer Anfrage erklärte der Ministerpräsident Maura es für un begründet, daß irgend ein Hinweis seitens irgend welcher Macht an die spanische Regierung gerichtet worden sei. Die getroffenen Maßnahmen entsprechen ausschließlich der Pflicht, die Neutralität Spaniens unter den gegenwärtigen Umständen aufrecht zu erhalten.

#### Internierung der „Warjak“ und „Korejek“ - Besatzung auf Ceylon.

London, 23. Februar. (Telegramm.) Aus Colombo wird von gestern gemeldet: Der Gouverneur von Ceylon habe ein Telegramm des Konsulministers mit der Mitteilung erhalten, daß 325 russische Matrosen, die bei dem Gesichts vor Tchemulbo gelandet worden seien, demnächst in Colombo auf einem englischen Dampfer eintreffen werden und in Ceylon vorläufig verbleiben sollen.

#### Gegen die Japanischwärmerei

schreiben die „Grenzboten“: Nicht nur in der Presse, sondern auch hier und da beim Publikum, macht sich ein „Japanismus“, eine ebenso überhöfliche wie unbesonnene Parteinahme für Japan bemerkbar, zu der von deutschen Standpunkt aus nicht die geringste Veranlassung vorliegt. Seit den verhältnismäßig so leichten Siegen der Japaner über die Chinesen ist jenen der Rumm mächtig geschwollen; sie halten sich für die führende Macht in Ostasien und können es den Europäern nicht verzeihen, daß diese sie verhindert haben, die reiche Ernte des chinesischen Krieges in die Scheuern zu bringen. Seit Jahren klagen die Vertreter verschiedener Mächte in Tokio in ihren Berichten, daß das Verhalten der Japaner gegen die Fremden unfreundlicher und unhöflicher geworden sei. Sogar in dem Verhalten der Gerichte ist eine benutzte Animosität gegen Fremde nicht zu verkennen, und von wohl unterrichteter Seite sind schon wiederholt Bedenken darüber laut geworden, ob es richtig war, die Extraterritorialität der Fremden und ihre konsulargerichtliche Aufsicht zu heben. Ohne uns das Wort „Großenwahn“ anzueignen, das längst in bezug auf das Verhalten der Japaner gefallen ist, glauben wir doch, daß vom Standpunkt der deutschen Interessen uns absolut nichts auf eine antirussische Parteinahme für Japan hinweist. Wenn sich irgend ein Berliner Bierhuber zu mittendätiger Stunde gedungen gefühlt hat, wie die Berliner Montagblätter berichten, seinen Sympathien für Japan Ausdruck zu geben, so hat das, zumal in der Faschingszeit, an sich wenig zu bedeuten. Aber ernsthafte Männer sollten in ihrem Verhalten nicht den Impulsen folgen, die durch die ersten, anscheinend stark übertriebenen Siegesnachrichten herborgerufen worden sind. Zu irgend welcher Aufregung ist dazu ebenso wenig Anlaß, wie zu dem Pessimismus der Börse. Ein ernster Sieg Japans über Rußland würde für die ganzen Beziehungen Deutschlands zu Ostasien schwerlich von günstigem Einfluß sein; die Schwierigkeiten für die neutralen Mächte würden vielmehr erst nach einem für Japan günstigen Kriege beginnen. Das sollten unsere Bierhühler doch recht sorgfältig bedenken. Andererseits ist Rußland unser Nachbar, mit dem wir auf einer langen Land- und Seegrenze dauernd zu tun haben. Gewiß sollen wir Rußland nicht nachlaufen, brauchen das auch nicht. Wohl aber liegt es im deutschen Interesse, unser politisches Verhalten so einzurichten, daß Rußland sich nicht in die Notwendigkeit versetzt sieht, Frankreich als seinen einzigen Freund zu betrachten. Der russisch-japanische Krieg wird in einigen Monaten mehr oder weniger vorüber sein, und — wie feinerseit der Friedensschluß auch ausfallen möge — wir müssen heute schon zusehen, daß wir nach dem Kriege mit unseren Interessen nicht ins Gedränge kommen. Japan muß dann das Bewußtsein haben, von Deutschland durchaus korrekt behandelt worden zu sein; das ist die einzige richtige Basis unserer späteren Beziehungen, und der Kaiser von Rußland muß wissen, daß er in schweren Zeiten an Deutschland einen wohlwollenden und erprobten Freund hat. In den Beziehungen der großen Mächte zu einander, namentlich wenn sie Seemächte und Nachbarn sind, findet sich immer eine Gelegenheit zum Präsentieren einer Gegenrechnung. Wir können für die Tapferkeit und Todesbereitschaft der Japaner, für den Fleiß und die Opferwilligkeit, mit der sie sich ein den modernen Erfordernissen entsprechendes Heer und eine ebensolche Flotte geschaffen und beide auf eine bedeutende Höhe der Ausbildung gehoben haben, die höchste Achtung bekunden. Aber das darf nie so weit gehen, daß wir durch ungerechtfertigte Sympathien für Japan das uns benachbarte Rußland tief verwunden, mit dem wir in den schwersten Zeiten unserer neueren Geschichte durch Waffenbrüderlichkeit oder durch echtes freundschaftliches Wohlwollen verbunden gewesen sind. Heute wissen wir noch nicht, ob nicht Japan den Krieg schließlich zu bereuen haben wird. Sollen wir uns, daß wir nicht ein vorhastiges und unkluges Einsetzen unserer Sympathien und Interessen zu bereuen haben!

## Politische Tageschau.

\*\*\* Bromberg, 23. Februar.

Zur Mittelmeerreise des Kaisers wird weiter berichtet: Der Kaiser gedenkt in den ersten Tagen des März in einem italienischen Mittelmeerhafen an Bord der „Sofenzollern“ zu gehen und eine längere Kreuzfahrt zu unternehmen. Ob die Sinfahrt auf dem Landwege oder mit einem der großen deutschen Schnelldampfer erfolgt, steht noch nicht endgültig fest. Sicher ist dagegen, daß die Kaiserin, deren leidender Zustand noch eine größere Schonung notwendig macht, den Kaiser nicht begleiten wird.

Dem Reichstag wird (wie schon kurz gemeldet) der Gesetzentwurf betreffend den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf Ausstellungen zu. Dem Entwurf zufolge hat der Schutz die Wirkung, daß die Schwerkstellung oder spätere Veröffentlichung der Erfindung infolge der Erteilung des Patents, Muster- und Zeichenschutzes nicht entgegensteht, sofern die Anmeldung vom Aussteller binnen sechs Monaten nach der Eröffnung der Ausstellung bewirkt ist. Die Anmeldung geht anderen Anmeldungen vor, die nach der Eröffnung eingereicht sind.

Der Reichstag beendete gestern die Beratung des Postetats. Die Postmarkenzulagen wurden auch vom Plenum entsprechend dem Kommissionsbeschlusse abgelehnt.

Die Reichstagswahl in Thorn ist bekanntlich von der Wahlprüfungscommission beanstandet worden. Bei dieser Wahl ist der polnische Kandidat Brejski nach der Berechnung der Kommission mit 14 709 Stimmen gegen 14 702 Stimmen des deutschen Kandidaten Grahmann gewählt worden. In dem Wahlprotokoll aber wird u. a. geltend gemacht, daß 17 Wähler nicht wahlberechtigt gewesen seien, ein Wähler Wahlfälschung begangen habe, in einem Wahlbezirk der Wahlvorsteher und der Protokollführer beide zugleich außerhalb des Wahllokals gewesen sind. Von Interesse ist die Beanstandung einer Stimme, weil dieselbe von einem sinnlos Betrunknen unter schwerer Verletzung des Wahlgelheimnisses abgegeben worden sein soll. Der Betreffende sei von einem Zimmermann in den Stollerraum begleitet worden.

Die Novelle zum Börsengesetz ist dem Reichstag zugegangen und wird am heutigen Dienstag Abend zur Verteilung gelangen.

Das Abgeordnetenhaus begann am Montag die erste Beratung des Justizetats. Auf Anregung des nationalliberalen Abg. Dr. Friedberg fand zunächst eine Besprechung über die am 19. Januar von den Sozialdemokraten im Reichstag gegen die preussische Justizverwaltung erhobenen Angriffe bezüglich der Ausweisung russischer Untertanen und die Beschlagnahme revolutionärer Druckschriften statt. Justizminister Schönstedt erklärte, die Justizverwaltung habe bei diesen Maßnahmen nur die notwendigen Schritte zur Bekämpfung der anarchistischen Gefahr getan. Nicht Preußen habe Rußland Schergen Dienste geleistet, sondern es handle sich vielmehr um Dienste, welche die deutsche Sozialdemokratie den russischen Anarchisten leistet. In ähnlicher Weise äußerte sich auch der Minister des Innern. Die Redner der Parteien erklärten sich, u. zw. auch die Freimünnigen, durch die Regierungserklärungen befriedigt. Die nächste Sitzung findet am morgigen Mittw. d. st.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses über den Gesetzentwurf betr. die Dienstpflicht bei den größeren Amtsgerichten hielt am Donnerstag Abend ihre erste Sitzung ab. Bei der Beratung des § 1 fand eine Generaldebatte statt, in der die Ansichten im einzelnen ziemlich auseinander gingen, deren Resultat man aber dahin feststellen kann, daß sowohl die Bedürfnisfrage als auch die Einrichtung nur vereinzelt Billigung fand. Es wurde von verschiedenen Seiten die Bedürfnisfrage nach der Richtung, daß eine Entlastung der Landgerichtspräsidenten wegen Überlastung notwendig sei, verneint und auch das Bedürfnis für die einzelnen Gerichte selbst in Abrede gestellt. Außerdem wurde betont, daß bei den größeren Gerichten mit älteren, gewöhnlich ausgewählten Richtern die Schaffung einer vierten Instanz notwendig erscheine, daß dadurch die Unabhängigkeit der Amtsrichter betroffen werden könnte, das Strebertum durch die Schaffung von Amtsgerichtsdirektoren und ihre mögliche spätere Beförderung zu Landgerichtspräsidenten erheblich gemindert werden, hierdurch auch ein öfterer Wechsel eintreten könnte, daß dagegen das Einzelrichtertum sich bewährt habe und die Stellung des Einzelrichters einer Verstärkung bedürfe. Seitens des Justizministers wurde bestritten, daß mit der Vorlage eine Herabsetzung der Amtsrichter beabsichtigt sei. Der Minister betonte, daß keine disziplinarische Maßregel den Amtsgerichtsdirektoren überwiegen werden soll, daß es aber unnatürlich sei, wenn bei größeren Gerichten nur eine Aufsicht über die Unterbeamten bestehe. Mit der Verhandlung über den § 1 wurde die Diskussion über den Antrag des Abg. Beltajohn verbunden, nach welchem bei Amtsgerichten mit mehr als 30 Richtern ein Amtsgerichtsdirektor mit den Befugnissen des für das Amtsgericht Berlin I bestehenden Amtsgerichtspräsidenten eingesetzt werden soll. Dieser Antrag, welcher eben für den Fall der Ablehnung der Regierungsvorlage eingebracht ist, fand die Billigung der verschiedenen Parteien, aber nicht der Justizverwaltung, die das Bedürfnis verneinte und davon ausging, daß die Zustimmung der Staatsregierung dafür nicht zu erlangen sein würde. Am Freitag wurde die Beratung fortgesetzt. Aus der Diskussion ist hervorzuheben, daß der Justizminister gegenüber aus der Mitte der Kommission geltend gemachten Zweifeln dabei beharrte, es würde die Befegung der Landgerichtspräsidentenstellen nicht durch Amtsgerichtsdirektoren erfolgen und zu Amtsgerichtsdirektoren würden nur ältere erfahrene Richter genommen werden. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Beltajohn (freil. Vp.) auf Einsetzung von Amtsgerichtspräsidenten für fünf Gerichte (außer Berlin), ein Antrag des Abg. Ballaske (Konf.), wonach den Amtsgerichtsdirektoren auch eine Disziplinarbefugnis eingeräumt werden sollte, ferner ein Antrag Hofmann-Dillenburg (nat. lib.) und Bierck (Konf.), welcher die Erteilung einer Rüge einschränken wollte, abgelehnt. Es wurde entsprechend dem Antrag des Abg. Schiffer (nat. lib.) und Gen. § 1 der Regierungsvorlage angenommen, dagegen § 2 der Regierungsvorlage mit 10 gegen 10 Stimmen,

während ein Mitglied sich der Stimme enthielt, abgelehnt, so daß die Ernennung von Amtsgerichtsdirektoren ohne eine Erteilung der Aufsichtsbefugnis über richterliche Beamte als Beschluß der Kommission in erster Lesung festzustellen ist. Dieser Beschluß widerspricht der seitens der Staatsregierung abgegebenen Erklärung, wonach die Ernennung von Amtsgerichtsdirektoren ohne Übertragung der Aufsicht für die Regierung unannehmbar sei. Ferner wurde eine Bestimmung angenommen, die den Landgerichtspräsidenten die Übertragung ihrer Aufsichtsbefugnisse an ein anderes Mitglied zuläßt. Am Dienstag findet die zweite Lesung der Vorlage statt. Das Schicksal der Vorlage ist noch ganz ungewiß. Bei der nun folgenden Beratung über die anderweitige Regelung der Richtergehälter, die der Vorlage entsprechend angenommen wurde, erstreckte sich die Diskussion lediglich auf einen Antrag des Abg. Beltajohn, der bezweckte, bei Beförderung von Richtern und Staatsanwälten denselben die gleichen Vorteile zuzuwenden, die nach dem vorliegenden Entwurf den Ersten Staatsanwälten bei Beförderungen zu teil werden sollen, und die Feststellung des Dienstalters für dieselben Beamtenkategorien festzusetzen. Der Antrag wurde nach der Erklärung der Regierungskommission, daß zur Zeit die Ausführung des Antrags nicht möglich sei, und erst nach Einführung der Dienstaltersstufen für diese Beamten dem Antrag näher getreten werden könne, zurückgezogen.

Zur Auswanderung nach der Kapkolonie. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Nach neueren Entschlüssen der Verwaltungsbehörden der Kapkolonie ist für die Einwanderung der nachweisbare Besitz von Unterhaltungsmitteln von 5 Pfund auf 20 Pfund Sterling erhöht worden.

Über Vereinfachungen in der Leitung des Güterverkehrs haben am Montag im Arbeitsministerium in Berlin Kommissare der Bundesregierungen mit Vertretern der Eisenbahnerverwaltung beraten. Unterstaatssekretär Kied erklärte nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ in seiner Begründung: Man klage über zu weit getriebene Ausnutzung der eigenen Linien, über einen maßlosen Wettbewerb zwischen den Staatsbahnen, ja über eine Vergewaltigung der Schwächeren durch die Stärkeren. Wenn auch solche Vorstellungen der Wirklichkeit wenig entsprechen und übertrieben seien, so werde man doch bei objektiver Betrachtung der Verhältnisse nicht verkennen können, daß sich eine Vereinfachung, ja auch eine Verbesserung auf diesem schwierigen Gebiet wohl erzielen lasse. Eine Nachprüfung der Vereinbarungen über die Leitung des Verkehrs, die zum Teil noch einer vergangenen Zeit mit anderen Anschauungen angehören, erscheine daher wohl angezeigt. Die Konferenz werde zu prüfen haben, ob man nicht in der Tat mit der Ausnutzung der eigenen Linien, mit der Aufnahme des Wettbewerbes hie und da zu weit gegangen, ob nicht auch ohne angemessenen Gewinn Umwege gefahren werden, nicht aus Ehrgeiz, sondern lediglich aus Wettbewerbsrücksichten. Die Untersuchung werde darauf zu richten sein, ob sich nicht unter Einschränkung des Wettbewerbs durch eine planmäßige Zusammenfassung des vielfach zerstückelten Verkehrs und durch die Auswahl der leistungsfähigsten Linie eine wirtschaftlichere Betriebsführung im Interesse aller Beteiligten ermöglichen lasse.

Bedingte Begnadigung. Dem Reichstag ist eine die Zeit bis Ende 1903 umfassende Zusammenstellung zugegangen, betreffend die Anwendung der in den Bundesstaaten für die bedingte Begnadigung geltenden Vorschriften. Aus der umfangreichen Statistik hebt die „Freil. Ztg.“ hervor, daß in den letzten vier Jahren stets etwa vier Fünftel der Fälle einen günstigen Ausgang gehabt haben. In diesen Fällen ist also eine Verjüngung der Verurteilten ohne Strafvollstreckung herbeigeführt worden. Die Bewährungsfrist war in der großen Mehrzahl der Fälle (78 Prozent) auf weniger als drei Jahre bemessen. Nur bei 22 Prozent aller Fälle betrug sie drei Jahre oder mehr. Die strafbaren Handlungen, auf welche sich die bedingte Begnadigung bezog, waren in 66 Prozent aller Fälle ein Vergehen, in 21 Prozent ein Verbrechen und in 13 Prozent eine Übertretung. Im Jahre 1903 wurde in 13 779 Fällen die Aussetzung der Strafvollstreckung mit Aussicht auf Begnadigung gewährt. Die Zahl dieser Fälle hat von Jahr zu Jahr zugenommen. Bis Ende 1898 betrug sie durchschnittlich nur jährlich 6041.

Von den Juristenfakultäten. Die Einheitlichkeit der Promotionsbedingungen bei den deutschen Juristenfakultäten wird wohl bald erreicht sein. Die Juristenfakultät in Heidelberg, die bisher ihren Doktoranden die Einreichung einer Doktor-dissertation freiließte (was zur Folge hatte, daß tatsächlich fast niemals eine Dissertation geliefert wurde), wird dem Vernehmen nach in Zukunft ebenfalls eine solche verlangen und deren Drucklegung obligatorisch machen. Damit würde in den zwei bedeutendsten Punkten eine völlige Übereinstimmung der juristischen Promotionsordnungen im Deutschen Reich hergestellt sein. Sämtliche 21 Fakultäten promovieren (abgesehen von Ehrenpromtionen) nur auf Grund 1. einer vor der Fakultät abzulegenden mündlichen Prüfung, 2. einer zu druckenden mündlichen Dissertation. Die damit errungene Einheitlichkeit in der Hauptsache wird nicht nur den Fakultäten der Gleichmäßigkeit sondern eben erfreuen, der für die Würde des Doktors beider Rechte Verständnis und an ihrer Hochhaltung Interesse hat. Zu dieser Frage nimmt in der jüngsten Nummer der „Deutschen Juristenzeitung“ der Breslauer Professor Dr. Otto Fischer das Wort, um seine Genußnahme über die Wegräumung der bisherigen, so förenden Verschiedenheiten auszubringen. Man erzählt von ihm, daß bereits in zwölf Fakultäten die zu einer leeren Formlichkeit herabgefallene öffentliche Disputation abgeändert worden ist. Drei Fakultäten können von der Disputation selbst dispensieren. Es besteht das Erfordernis obligatorisch also nur noch bei sechs Fakultäten. Aber auch bei ihnen wird vielfach durch die Ministerialinstanz anstandslos dispensiert. Bei dieser Sachlage wird auch hier Einheitlichkeit nur durch Abschaffung der Disputation zu erzielen sein. Bei der sachlichen Bedeutungslosigkeit des Aktes bestehen dagegen keinerlei Bedenken. Es kommt hinzu, daß die Formlichkeit nicht nur der Fakultät sondern auch dem Doktoranden erheblichen Zeitverlust verursacht, daß für letzteren auch vielfach eine besondere Reise mit erheblichen Kosten notwendig wird. Der Schwerpunkt der Promotionsleistungen

wird in Zukunft noch mehr wie in der Gegenwart in der Dissertation liegen. Soll der Doktor auf seiner Höhe bleiben bezw. allgemein auf die ihm gebührende Höhe gebracht werden, so muß das Ziel aller Fakultäten sein, daß die unter ihrer Autorität veröffentlichten Dissertationen ausnahmslos wissenschaftliche Leistungen seien. Es unterziehen in Zukunft alle deutschen juristischen Doktor-dissertationen der Kontrolle der Öffentlichkeit. Es ist nun möglich, daß durch eine von berufenen Urteilen geübte sachliche und beurteilte, aber strenge Kritik unwissenschaftliche Dissertationen als solche gekennzeichnet werden und damit die betreffende Fakultät zu größerer Vorsicht gemahnt wird.

Gouverneur Leutwein meldet, daß in dem Telegramm vom 17. über das Geseht der Kompanie Fische infomern ein Irrtum vorgekommen ist, als nicht der Seefeldat Genze aus Sösdorf, sondern der Seefeldat Hanje aus Sachsendorf in Sachsen schwer verwundet worden ist.

Österreich-Ungarn und der Panamakanal. Wien, 22. Februar. In der heutigen Plenar-sitzung der ungarischen Delegation beantwortete der Geandte Müller im Namen des Ministers des Äußern eine Anfrage betreffend die Sicherung des Panamakanals und führte aus, wenn die Frage aktuell werde, werde es Sache der näher interessierten Mächte sein, die Initiative in dieser Richtung zu ergreifen. Die Delegation begann sodann die Beratung des Heeresordinariums.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Konstantinopel vom 21. d. M. gemeldet: Der heute eingetroffene diplomatische Agent Raschewitsch soll morgen im Palais Erläuterungen abgeben, die dahin gehen, daß Bulgarien fest entschlossen sei, den Frieden aufrecht-zuerhalten. In wohl informierten bulgarischen Kreisen verlautet, daß Bulgarien und die Türkei gewisse Abmachungen schriftlich austauschen werden, worauf dann sofort die Umwälzung der verhafteten Bulgaren, sowie die Reintegration der Emigranten erfolgt. — Der türkische Botschafter in Wien hat der „Neuen Freien Presse“ zufolge die Gerüchte über Mobilisierung der türkischen Armee für vollkommen grundlos bezeichnet und bezüglich der in Djakova (Sandjak Prizren) stattgehabten Bewegung erklärt, daß die dort begangenen Übergriffe augenblicklich unterdrückt und die Ordnung und die Sicherheit wieder hergestellt seien.

## Deutschland.

XX Berlin, 22. Februar. Es ist nur eine un-scheinbare Notiz, die durch die Blätter geht, aber die Aufmerksamkeit hatet an ihr. Am Sonnabend empfang der Reichskanzler den aus Petersburg hier eingetroffenen Direktor der Internationalen Bank, Herrn Rothstein, den Futimus des Herrn Witte. Herr Rothstein ist eine in der Berliner Finanzwelt wohl-bekannt Persönlichkeit. Er ist mit den deutschen Verhältnissen vielleicht nicht weniger vertraut als mit den russischen. Daß sich Graf Bilow mit diesem Manne unterhält, anscheinend ziemlich eingehend, das braucht ja, wenn man will, nichts weiter zu bedeuten, als daß der leitende Staatsmann den Wunsch hat, sich über Fragen des internationalen Geldmarktes aus einer ersten Quelle zu unterrichten. Aber die Wahl eines russischen Bankdirektors für diesen Zweck ist denn doch bemerkens-wert, und man wird es denjenigen Beobachtern, die hierbei an spezielle deutsch-russische Finanzfragen und auch an die Zukunft der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen denken, nicht verargen können, wenn sie solche Beziehungen ins Auge fassen. Die Annahme ist gestattet, daß die Initiative zu dieser Unterredung in Petersburg ergriffen worden ist, und zwar selbstverständlich von Herrn Witte. Nach Lage der Dinge läßt sich aber nicht vermuten, daß solche Initiative in einer unfreundlichen Absicht geschehen sollte. Es wäre sehr wohl möglich, daß hier Sondierungen erfolgt sind, über die sich naturgemäß nur sprechen ließe, wenn man an einer der beiden beteiligten Stellen die Öffentlichkeit wenigstens mit Andeutungen zu Mit-wissemern machen möchte. Wer sich in Vermutungen gefällt, dem steht es ja frei, an russische Anleihebedürfnisse zu glauben oder an eine plötzliche Geneigtheit, sich mit uns über die Handelsvertragsfrage zu verständigen. Jedenfalls dürfte die Unterredung des Grafen Bilow mit Herrn Rothstein noch anderen Zwecken als bloß dem Bedürfnis nach afa-demischer Belehrung über die gewiß interessanten Ansichten jeder der beiden Herren in bezug auf den Krieg und die russische Finanzlage geolten haben.

Essen, 22. Februar. In der gestrigen Bergarbeiter-versammlung bezeichnete, laut der „Köln. Volksztg.“, der Referent, Arbeitersekretär Ambers, den Massenstreik im Bergbau als sicher bevorstehend. Die Führer hielten noch zurück, bis die Organisation genügend gefördert sei. Die Versammlung verlangte, daß auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses die Frage des Generalstreiks zur Durchsetzung alter Bergarbeiterforderungen gesetzt werde. (N. Z.)

Leipzig, 22. Februar. Der Kaiserliche Disziplinarkonf hat die Berufung des Oberpostpraktikanten Richard Wagner in Hanau verworfen, gegen den am 24. Dezember vorigen Jahres von der Disziplinarkammer in Kassel auf Amtsentsetzung ohne Pension erkannt worden war, weil er in einer öffentlichen Versammlung ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht hatte.

Gemnik, 22. Februar. Wie die „Neuesten Nachrichten“ melden, hat eine gestern in Selena stattgefundene sozialdemokratische Parteiverammlung den ehemaligen Pastor Göhre zum Reichstagskandidaten für den 20. Sächsischen Wahlkreis Zschopau-Marienburg aufgestellt.

## Ausland.

### Österreich.

Wien, 22. Februar. In jüngster Zeit brachten mehrere Tagesblätter die Mitteilung, in Lemberg sei ein Generalstabsoffizier verhaftet worden, und brachten diese Verhaftung mit dem seiner Zeit vorgekommenen Diebstahl von Mobilisationsakten in Zusammenhang. Hierzu bemerkt das R. A. Telegr.-Korresp.-Bureau: Wir sind amtlich ermächtigt zu konstatieren, daß diese Nachrichten erfunden sind.





## Aus Stadt und Land.

Bromberg, 23. Februar.

**Das Vereinswesen in Bromberg.** Bei der gegenwärtigen Hochflut der Vergnügen und anderen geselligen Veranstaltungen dürfte es von allgemeinem Interesse sein, einmal einen Blick auf die Verhältnisse derselben, die hiesigen Vereine, zu werfen. Schon vor ca. 40 Jahren stand Bromberg in dem Aufsteig, eine Stadt der Vereine zu sein. In der gelegentlich der in Bromberg veranstalteten Provinzialausstellung von 1868 herausgegebenen Schrift „Der Regedistrikt“ ist darüber gesagt: „Es ließen sich mit leichter Mühe gegen 40 Vereine aufzählen, und mindestens ebenso viele sind seit dem Jahre 1848 schon wieder eingegangen. Alles wird durch Vereine abgemacht. Keine andere Stadt von gleicher Größe bietet an Vällen, Theateraufführungen, Konzerten und andern geselligen Unterhaltungen mehr als Bromberg.“ Seit jener Zeit ist unsere Stadt natürlich nicht stehen geblieben, sondern auch in dieser Hinsicht wieder, mit der Zeit fortgeschritten. Die damalige Zahl von 40 Vereinen würde uns heute lächerlich klein erscheinen, und ihre Zahl hat sich inzwischen vervielfacht. Das neue Adreßbuch für 1904, das wir hierbei zu Rate ziehen, weist die statistische Anzahl von 206 — sage und schreibe zweihundertundsechs — Vereinen auf. Rechnet man die Einwohnerzahl Brombergs (mit Ausschluß des Militärs, das ja in Vereinen sehr wenig vertreten ist) auf rund 50 000, so entfällt auf je 250 Seelen schon ein Verein. Mithin hat von 250 Brombergern, Frauen und Kinder mitgerechnet, immer einer Anwartschaft auf das ehrenvolle Amt eines Vereinsvorsitzenden. Die genannten 206 Vereine verteilen sich in folgende Gruppen: Vereine für Wohlfahrtsbestrebungen und gemeinnützige Zwecke 52, Vereine für Berufs- und Standesinteressen 49, Kriegervereine 15, Vereine für Kunst und Wissenschaft 40, darunter die Deutsche Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft mit ihren 7 Abteilungen und Unterabteilungen, die 10 zum Posener Provinzialfängerbund gehörigen Vereine und 14 außerhalb des Bundes stehende Gesangsvereine. Ferner sind noch vorhanden 7 Vereine für politische Zwecke, 17 Sportvereine, 6 Vereine für geistliche Zwecke, 13 Frauenvereine und 7 jüdische Vereine. Summa Summarum 206 Vereine. Dabei macht diese Zusammenstellung des Adreßbuchs noch durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit, und wenn man all die kleineren Vereine und Vereinigungen, die Schach-, Stat- und Regellubs mitrechnet, so würde die Zahl 300 wohl eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein. Und dabei ist diese Zahl noch stets im Wachsen begriffen; alle Augenblicke hört und liest man, daß abermals ein neuer Verein gegründet ist, der „einem tief empfundenen Bedürfnis“ abhelfen soll. Falls es also — was aber wohl kaum anzunehmen ist — noch Bromberger geben sollte, die noch keinem Verein angehören, so kann ihnen nur geraten werden, das Adreßbuch vorzunehmen und sich eine für ihre Zwecke passende Vereinigung auszusuchen; und finden sie keine, nun, so gründen sie halt noch ein paar neue — „es kommt ja auf 'ne Sandvoll nicht an“.

**Auszeichnung.** Dem Eisenbahnbetriebssekretär a. D. August Viktorius zu Schleusenau bei Bromberg ist der königliche Kronorden vierter Klasse und dem pensionierten Bahnwärter Thomas Pluta zu Gschynitz im Kreise Wittowo das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

**Stadtheater.** In der morgen Mittwoch stattfindenden ersten Aufführung des ersten Abends von Sebbers Trauerspiel „Die Riblungen“ sind die Hauptrollen mit den Damen Monnard, Walter und Wingert und den Herren Arnim, Jaded, Genning, Direktor Stein, Blum, Fuß und Wesmer besetzt. Unsere Kunstfreunde seien auf die Aufführung dieser genialen Dichtung nochmals besonders hingewiesen; die Vorstellung geht bekanntlich zum Benefiz für den Oberregisseur Wilhelm Dönitz in Szene.

## „Von Fürsten Bismarck und seinem Hause“

unter diesem Titel veröffentlicht Eugen Wolf in der Märznummer von „Welshagen und Rafings Monatsheften“ eine Anzahl Tagebuchblätter, in denen er seine Begegnungen mit dem ersten Reichskanzler schildert. Aus der Fülle von Mitteilungen, die ein Blick des ungezwungenen Verkehrs in Bismarcks Hause geben und namentlich auch Aufzeichnungen des Fürsten über die deutsche Kolonialpolitik und damit verknüpfte Fragen enthalten, seien einige Entwürfe wiedergegeben. Wolf kam mit dem Reichskanzler im Jahre 1888 in persönliche Beziehung, als er von Leutnant Wilmann aufgefordert wurde, ihn bei der Emin Bascha-Expedition zu begleiten, und in dessen Gesellschaft nach Friedrichsruh reiste. Im Verlauf einer Unterhaltung über die Expedition Wilmann machte Bismarck Wolf gegenüber eine charakteristische Bemerkung. „Ich setze“, schreibt Wolf, „dem Fürsten die Pläne Wilmanns, soweit er mich in dieselben eingeweiht hatte, auseinander. Emin Bascha konnte ich nicht; seine Befreiung hielt ich aber für eine Kulturtaufgabe, der nebenbei auch ein politisches Ziel nicht abzupprechen sei. Wir könnten dort eine deutsche Interessensphäre gründen; die Stanley-Expedition verfolge nicht nur philanthropische Zwecke. Der Fürst hörte mir aufmerksam zu; als ich bei der Entwidlung meiner Ansichten immer wärmer wurde, unterbrach er mich nicht ein einziges Mal. Nachdem ich geendet, trat eine peinliche Pause ein; der Fürst rückte sich im Wagen etwas herum, nach mir zu, und sagte nach tiefem Atemzuge: „Sie kennen Emin Bascha nicht und ich auch nicht. Ist der Mann Mohammedaner, ist er Christ? Ist er Deutscher geblieben oder nicht? Will er überhaupt getauft werden? Schide ich einen preussischen Leutnant da hinein, so muß ich

**Der Verband der Gemeindebeamten der Provinz Posen** hielt am Sonntag im Elsthum eine Vorstandssitzung ab, die der stellvertretende Vorsitzende, Stadtratemeister Herold von hier, eröffnete und leitete. Beraten wurden nur interne Sachen. U. a. wurde auch auf die im Mat d. J. hier stattfindende Hauptversammlung des Verbandes hingewiesen. Bei derselben soll zum Nachfolger des verstorbenen Verbandsvorsitzenden, Stadthauptkassenrentamt Schönrock aus Schneidemühl, Stadtratemeister Herold vorgeschlagen werden.

**Die Gesangsabteilung des Kriegervereins Schleusenau** beging am Sonnabend im Schweizerhaus ihr erstes Stiftungsfest. Außer Konzertstücken und mehreren vorzüglich zu Gehör gebrachten Chorgesängen wies das Programm verschiedene Solovorträge auf, welche die Anwesenden in die heiterste Stimmung versetzten. Den Schluß des unterhaltenden Teils bildete die Aufführung des Schwanks „Die wilde Toni“, der stürmischen Beifall fand. Abschluß wurde fleißig dem Lango geschuldet.

**Fernsprechverkehr.** Bromberg und Schneidemühl sind von jetzt ab zum Sprechverkehr mit Barth zugelassen. Die einfache Gesprächsgebühr beträgt 1 Mark.

**Stichtag für Handel und Gewerbe.** Sonntag fand in Posen die Ausschichtungsversammlung der Stichtag für Handel und Gewerbe, Posen, statt, in welcher der Abschluß pro 1903 vorgelegt wurde. Die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung wurde genehmigt und gestattet, bei höherem Vortrag als im Vorjahre, vollständiger Abschreibung des Bankfeinrichtungsfortos und Zuführung von 20 000 Mark zum Reservefonds, eine Dividende von 6 Prozent.

**Eine Änderung der Postbestellgebühren** soll in Aussicht stehen. Der Staatssekretär des Reichspostamts Kraack erklärte im Reichstage, er habe eine Änderung von größerer Tragweite in Aussicht genommen. Nach der „R. S. Z.“ ist eine Änderung der Bestellgebühren in Aussicht genommen. Nach gelegentlichen Äußerungen des Staatssekretärs darf man erwarten, daß insonderheit das platte Land großen Nutzen davon haben dürfte. Der Staatssekretär selbst nannte es eine Ungerechtigkeit, daß auf dem Lande die Bestellgebühr höher sei, als in der Stadt.

**Eine Wohltätigkeitsvorstellung** mit darauf folgendem Langtränken, veranstaltet vom israelitischen Frauenverein, findet am Sonnabend, 27. Februar, im Pakerischen Etablissement statt. Diese Veranstaltungen erfreuten sich schon um des guten Zwecks willen alljährlich großer Teilnahme, so hoffentlich auch diesmal. (Siehe Anzeige.)

**In polizeilichen Gewahrsam** genommen wurden gestern wegen Trunkenheit zwei Personen.

**F. Crona a. Br., 22. Februar.** (Zur Vorsicht mahnt) folgender Unfall, der sich gestern Abend im Menschlichen Bahnhofrestaurant ereignete. Während Frau Meusel am Buffet ihres Bekafs saß, brannte hinter ihr auf einem Tische ein Petroleumleuchter. Durch die Erhitzung war nun der Celluloid-Saarkamm der Frau M. in Brand geraten, und eine fast fußhohe Flamme stieg an ihrem Kopfe empor. Zum Glück gelang es noch, die Flamme zu löschen, indessen hat Frau M. bedauerlicherweise am Kopfe und an den Händen Brandwunden davongetragen, so daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte.

**Snawraslaw, 22. Februar.** (Der aufgefärlarte Spuk. Heute wurde die Spukgeschichte, welche hier längere Zeit leichtgläubige Gemeinderäte, ja sogar Polizeipersonen, in Aufregung versetzte und gruselig machte, aufgefärlart. Der Spuk wurde, wie sich gleich jeder ruhig denkende Mensch sagen mußte, durch die beiden Dienstmädchen des Fleischermeisters B. erzeugt. Das eine der Mädchen, von denen die eine erst 15 Jahre alt ist, hat schon ein umfassendes Gesandnis abgelegt, die andere leugnet noch. Es ging ihnen also darum, wie ganz richtig vermutet wurde, aus dem Dienste frei zu kommen. Ihren Dienstherrn selbst haben

unter Umständen noch mehrere nachschießen, um ihn herauszuholen. Das führt uns zu weit. Die englische Interessensphäre geht bis zu den Quellen des Nils, und das Nijlo ist mir zu groß. Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Rußland und hier — nach links deutend — liegt Frankreich und wir sind in der Mitte; das ist meine Karte von Afrika.“

Im Zusammenhang mit dieser ist eine spätere Äußerung Bismarcks über den Kanjibarvertrag aus dem Juni 1890 interessant. Wolf erzählt: „Ich hat ihm, mir zu sagen, wie er darüber denke. „Ich hätte niemals meine Einwilligung zu solchen Verträgen gegeben. Die Rüste war ja bereits effektiv in unserem Besitz, und Kanjibar wäre uns zweifellos später zugefallen. Der Wert Selgolands ist ein sehr zweifelhafter; es ist roter, weicher Sandstein, den man mit weittragenden Marinegeschützen zusammenhängen kann. Schon zu meinen Zeiten schwebten Verhandlungen über die Gewinnung Selgolands; das Opfer, das die Engländer dafür forderten, war mir aber zu groß.“ Auf meine Bemerkung, ich fühlte mich in bezug auf seine politischen Mitteilungen zur Disposition verpflichtet; da ich nun morgen zu der in Köln tagenden Generalversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaften reiste und es dort bekannt sei, daß ich in Friedrichsruh weile, so würde man zweifellos von mir erfahren wollen, wie der Fürst über diese wichtige Frage denke, antwortete Bismarck: „Ich mache aus meinem Herzen keine Würdengrube, und ich ermächtige Sie, falls Sie gefragt werden, von dem, was ich gesagt habe, Gebrauch zu machen. Grüßen Sie die Kölner von mir, die mich noch zu Lebzeiten verewigt haben. Wie Sie wissen, hängt in meinem Arbeitszimmer eine Abschrift der Urkunde, welche beim Schlußsteinfest des dortigen Domes in die Kreuzblume eingelegt worden ist. Es ist mir eine liebe Erinnerung. Grüßen Sie die Kölner vielmals.“

sie sehr geschädigt, denn die abergläubischen Kunden blieben von seinem Geschäft fern.

**Pongrowitz, 22. Februar.** (Abiturientenprüfung. Vortrag.) In den schriftlichen Arbeiten zum diesjährigen Abiturientenexamen am hiesigen königlichen Gymnasium haben 13 Oberprimaner und 4 Extraner teilgenommen. — Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft in Posen hielt Dr. Kirchbruch aus Posen am 20. d. Mts. hier im Ziegelschen Saale einen Vortrag über Gährungsregener und Gährungsgerwebe.

**M Schneidemühl, 22. Februar.** (Städtisches Bibliothek.) In der heutigen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde die Etatsberatung fortgesetzt. Der Lektorschulfaßnetat wurde in Einnahme auf 25 800 Mk. und in Ausgabe auf 39 850 Mk. festgesetzt. Das Schulgeld wurde erhöht und beträgt für die Klassen der Unterstufe 60 Mk., für die Klassen der Mittelstufe 90 Mk. und für die Klassen der Oberstufe 112 Mk. An Schulgeld gehen 23 500 Mk. ein. — Die Volksschulen erfordern einen Gemeindezuschuß von 121 600 Mk. — Die Kapital- und Schuldenverwaltung beträgt in Einnahme 96 499 Mk. und in Ausgabe 91 130 Mk., mithin 5390 Mk. überschuß. — Die allgemeine Bureau- und Kassenverwaltung wird in Einnahme auf 104 900 Mk. und in Ausgabe auf 124 400 Mk. festgesetzt. Der Gemeindezuschuß beträgt 19 500 Mk. — Der Polizei- und Feuerwehretat erfordert eine Ausgabe von 37 675 Mk., die Einnahme beträgt 32 613 Mk. und der Gemeindezuschuß 5062 Mk. Zur Deckung des Fehlbetrages des Gesamtsatzes sind 40 923 Mk. an Kommunalsteuern aufzubringen. Erster Bürgermeister Dr. Krause bemerkt, daß der Steuerzuschlag sich auf 182 Prozent der Einkommen- und auf 192 Prozent der Realsteuer belaufen wird. — Heute nachmittag traf der Direktor der Kaiser Wilhelm-Bibliothek, Prof. Dr. Fode aus Posen hier ein und konferierte im Auftrage des Oberpräsidenten mit dem Vorstande des Lehrlingsheims über die Einrichtung einer Volksbibliothek in Verbindung mit der Bibliothek des Lehrlingsheims. Eine größere Anzahl schöner Schriften und Bücher soll dieser Bibliothek kostenlos überwiesen werden.

**Jastrow, 22. Februar.** (Der städtische Saushaltetat) für das Rechnungsjahr 1904/05 ist in Einnahme und Ausgabe auf 154 000 Mark festgesetzt. Im Vorjahre balanzierte der Etat mit 145 500 Mark.

**K Gnesen, 22. Februar.** (Landwirtschaftliches Ernennung. Belohnung.) Größere Güterkomplexe unserer Gegend werden infolge der immer höher werdenden Lohnforderungen der Arbeiter in einzelnen Parzellen verpachtet. Das Majorat Niechanowo hat im vergangenen Jahre 3 Rittergüter mit etwa 5000 Morgen Ackerland in kleineren Parzellen verpachtet. Das benachbarte Majorat Czerniejewo verpachtet auch den größten Teil der Herrschaft in kleinen Parzellen, da auf diese Weise ein höherer Pachtzins erzielt wird, als bei Verpachtung eines Gutes in seinem ganzen Umfange. — Rektor Grottrian, eine auf dem Gebiete der Fischzucht bekannte Persönlichkeit, wurde vom Landwirtschaftsminister zum Sachverständigen in Fischereianglegenheiten für die Gerichte ernannt. — Der hiesige Staatsanwalt hat für die Ermittlung der Bahndiebstahl der Straße Gnesen-Elstau 1000 Mark und der auf der Wittowener Kreisbahn eine solche von 100 Mark ausgesetzt.

**E Posen, 22. Februar.** (Schwamm der Warthe. D. Markenzulage.) Die starken Regenfälle der letzten Wochen bewirken ein größeres Anschwellen der Warthe. In Posen ist die Anstiegsstrecke bald erreicht. Der Stand betrug heute nachmittag 1,90 Meter. Vom Oberlauf wird ebenfalls starkes Wachsen des Wassers gemeldet. Im Wartetal werden die tief liegenden Ländereien jedenfalls unter Wasser gesetzt werden. — Wie man hört, hat sich der gefährlichste Ausbruch des Provinzial-Dehrereisens an eine Reihe von Abgeordneten der Provinz Posen ge-

endet und gebeten, die Erhöhung der D. Markenzulage im Abgeordnetenhaus von 200 Mark auf 300 Mark zu beantragen und zu begründen.

**O. N. Posen, 22. Februar.** (Der Vorstand der Posener Schützengilde) hielt heute im Schützenaale eine Sitzung ab behufs Wahl des Bundesvorstandes, nachdem der alte Vorstand gelegentlich der bedauerlichen Vorgänge beim letzten Posener Bundeskongreß sein Amt niedergelegt hatte. Gewählt wurden zum Bundesvorsitzenden Chefredakteur Welker vom Posener Tageblatt, zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden Lehrschmiedemeister Spiller, zum Schriftführer Fuhrhaltermeister Martin Riß und zum Kassierer Zimmermeister Gustav Stüber. Weitere Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

**T Bissa, 22. Februar.** (Aufgefundene Leiche.) Gestern wurde die Leiche einer weiblichen Person aus dem Schloßteiche gezogen, die schon mehrere Wochen daselbst gelegen haben muß, da sie schon stark in Verwesung übergegangen war. Als Verhänger einer hiesigen Firma gestern das Fäulen der Schwäne und Enten vornehmen wollten, bemerkten sie ein Bündel Frauenkleider. Sie holten einen Saken, um die Kleider herauszuziehen, wobei ein Stein zum Vorschein kam. Bald verbreitete sich die Kunde von einem grauenhaften Morde in unserer Stadt und die Nachricht fand umfomehr Glauben, als vor vielen Jahren auch eine weibliche Leiche in diesem Wasser gefunden worden ist, die nach dem Leichenbefunde eines gewaltsamen Todes gestorben sein mußte, während man bis heutigen Tages keine Spur von den Mördern entdeckt hat. Doch scheint es sich nach dem Ergebnis der vorgenommenen Leichenschau diesmal um einen Selbstmord zu handeln. Papiere, welche über die Herkunft der Person Aufschluß gegeben hätten, waren nicht vorhanden. Nach der Kleidung zu urteilen, handelt es sich um eine dem Arbeiterstande angehörige Frau im Alter von 25 bis 30 Jahren. Wahrscheinlich ist die Leiche von auswärts, denn hier und in der Umgegend wird niemand vermist. Nach andern Nachrichten soll die Ertrunkene das vor Weichnachten von hier verschwundene Dienstmädchen sein, das sich eine Unterdrückung hatte zu schulden kommen lassen.

**Krotoschin, 20. Februar.** (Städtisches.) Der diesjährige Etat gestaltet sich, wie der „Anz.“ berichtet, bedeutend günstiger als der vorjährige. Die Kommission beantragte denselben Prozentfuß wie für das laufende Etatsjahr, 125 Prozent der Staatssteuern und 145 Prozent der Realsteuern als Gemeindesteuern zu erheben.

**Womitz, 21. Februar.** (Nüchtern irrsinnig geworden) ist der Hauptlehrer Wisstog in Neufranzig. Auf der Nachhausereise vor seiner schlesischen Heimat wurde der im besten Mannesalter stehende Mann plötzlich vom Zerstört befallen. Er irrte sich auf die Mitreisenden und konnte nur mit großer Mühe gebändigt werden. W. ist nunmehr nach Ominsk überführt worden.

**Drowo, 21. Februar.** (Zum Droßsichen Giftmorde.) Kürzlich wurde der im Alter von 30 Jahren verstorbene und hier beerdigte Wirt Droß aus Przhodzie ausgegraben und sezirt, nachdem er bereits 6 Wochen in der Erde gelegen, weil der Verdacht aufgetaucht war, daß er durch Vergiftung umgebracht worden sei. Die chemische Untersuchung der Weichteile durch Dr. Jezierch-Berlin hat nach der „Pos. Ztg.“ keinen ausreichenden Anhalt für das Verbrechen geliefert.

**Schönsee, 21. Februar.** (Brand mit Menschenverlust.) Gestern Abend brannte das von zwei Familien bewohnte Einwohnerehaus des Besitzers Guttman in Bielek nieder. Leider fand der seit längerer Zeit gelähmt darniederliegende Arbeiter Lewandowski in den Flammen seinen Tod.

**Briesen, 21. Februar.** (D. Markenzulage.) Der hiesigen Ortsgruppe des D. Markenzulagevereins sind 5000 Mark zur Förderung des deutschen Kleingewerbes zur Verfügung gestellt. In der gestrigen Versammlung der Ortsgruppe wurde beschloffen, mit Hilfe der erwähnten 5000 Mark eine Genossenschaft zur Förderung des deutschen Kleingewerbes im Kreise Briesen zu gründen.

**Elbing, 20. Februar.** (Ein ergöglicher Reklamestreit) wird, wie die „Elb. Ztg.“ berichtet, zur Zeit in der Stadt A. von zwei sich gegenüber liegenden Zigarrengeeschäften betrieben. Vor einigen Tagen erschien in dem Schaufenster des einen Geschäfts ein großes Plakat mit der Aufschrift: Bürgermeister-Zigarren 10 St. 60 Pf.! Die Fingigkeit des Ladenhabers würde glänzend belohnt werden sein, wenn nicht die Konkurrenz plöschlich Oberbürgermeister-Zigarren 10 St. 55 Pf. zum Angebot gebracht hätte! Der Ladeninhaber Nr. 1 setzte nun den Preis für seine Zigarren 5 Pf. zurück und nachdem sein Gegenüber dasselbe getan, abermals um 5 Pf. Heute kosten die Bürgermeister-Zigarren nur noch 35 Pf. und die Oberbürgermeister-Zigarren 40 Pf. Wenn das so weiter geht, erhält man sie nächste Woche wahrscheinlich umsonst!

**Elbing, 21. Februar.** (Der Storch als Schächer.) Daß sämtliche vier Kinder einer Familie an demselben Tage Geburtstag haben, dürfte vielleicht ein einzig dastehender Fall sein. Dem Barbier Wölke von hier wurde vor 7 Jahren ein Zwillingspaar am 13. Februar geboren. Genau 7 Jahre später, am 13. Februar d. J., wurde, wie man den „N. W. M.“ berichtet, wieder ein Zwillingspaar geboren. Bei jedem Zwillingspaare handelt es sich um einen Knaben und ein Mädchen.



# Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 22. Februar 1904.

Am Bundesratsitz: Staatssekretär Kraetke. Auf den mündlichen Bericht der Geschäftsbildungskommission betreffend die Frage strafrechtlicher Verfolgung der Abgeordneten Krösch, Zussang und Gerstenberger wird die Genehmigung zur Strafverfolgung nicht erteilt. Es folgt die Weiterberatung des Etats der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. Beim Titel 3 „Geheime expedierende Sekretäre“ wünscht Abg. Eichhoff (freif. Vp.) Regelung des Titelmessens. Der Titel Rechnungsrat sei doch zu subaltern.

Auf eine weitere Anregung des Redners erwidert Staatssekretär Kraetke, die auf Postanweisungen und Paketadressen eingehenden fremden Marken würden nicht an Händler abgegeben, sondern kämen ins Postmuseum.

Abg. Eichhoff (freif. Vp.) wünscht ferner mehr Zuschuß und bessere Wohnungen für die nach den Kolonien kommandierten Oberpostassistenten.

Staatssekretär Kraetke betont, den Postbeamten in den Tropen würden alle möglichen Bequemlichkeiten gewährt. Übrigens freue er sich, daß die freisinnige Volkspartei einmal Geld für Kolonialzwecke ausgeben wolle.

Abg. Müller-Sagan (freif. Vp.) protestiert dagegen, hierin eine Inkonsequenz der Partei zu sehen.

Abg. Singer (Soz.) wünscht Besserstellung und Verringerung der Dienststunden für Post- und Telegraphengehilfen, sowie Krankheitsentschädigungen.

Unterstaatssekretär Sydow erwidert, die Damen seien besonders wenig widerstandsfähig gegen elektrische Schläge. Bei der geringsten Beeinträchtigung der Erwerbsunfähigkeit werde Unfallrente gezahlt.

Abg. Singer (Soz.) bringt ihm zugegangene Zuschriften zur Sprache, nach denen der Sonntagsdienst allenthalben bis zum äußersten Maximum ausgedehnt werde, ebenso der Wochentagsdienst.

Staatssekretär Kraetke bezweifelt dies. Schematisiert könne allerdings nicht werden. Die Ansprache an den Dienst im Interesse des Publikums seien eben verschieden.

Abg. Bockler (Fp.) wünscht Besserstellung der Landbriefträger, besonders im Osten.

Abg. Bahig (natl.) referiert über die Titel „Ostmarkenzulagen“, welche die Kommission gestrichen hat.

Abg. v. Liebermann (Reichsp.) erklärt, es handle sich um eine Frage der ausgleichenden Gerechtigkeit. Er stimme für den Antrag von Normann auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Liebermann von Sonnenberg hat Streichung des Wortes widerrufen beantragt.

Abg. Fröhen (Zentr.) tritt für den Kommissionsantrag ein. Das Zentrum werde diese Titel streichen, weil sie ein Glied in der preußischen Polenpolitik seien, die besonders auf dem Gebiet der Schule und des Anstellungswesens bekämpft werden müsse. Redner weist den Vorwurf zurück, als ob das Zentrum die großpolnische Agitation fördere. Das Zentrum verlange von den Polen, daß sie sich als loyale preußische Untertanen fühlen und jeder großpolnischen Agitation entsagen. Die Regierung dürfe aber die Polen nicht als Preußen zweiter Klasse behandeln.

Abg. von Standt (Konf.) bittet um Wiederherstellung des Titels und bestreitet, daß die preußische Anstellungspolitik Fiasco erlitten habe. Seine Freunde hätten von vornherein gewußt, daß die Frage der Ostmarkenzulagen im Reichstage als politische Frage behandelt werden würde, es sei deshalb vielleicht ein taktischer Fehler der Regierung gewesen, die Forderung überhaupt einzubringen. (Hört! hört!) Wenn der Reichstag die Forderung ablehne, ergebe sich eine große Diskrepanz zwischen den Reichsbeamten und den preußischen Staatsbeamten. Darin würde eine Desavouierung des preußischen Landtags durch den Reichstag liegen.

Im Namen seiner Fraktion erkläre er, daß diese einmütig die gegenwärtige Polenpolitik der preußischen Regierung billige.

Staatssekretär Kraetke tritt für Bewilligung der Forderung ein, die Post- und Telegraphenbeamten wären sonst gegen die preußischen Beamten benachteiligt. In der Wiederberuflichkeit der Zulage erblickte die Beamten selbst keine Gefahr, er könne deshalb namens der Beamten nur um Bewilligung des Titels bitten.

Abg. v. Razdzewski (Pol.) bedauert es als für seine Partei höchst unerfreulich, daß zwischen Polen und Zentrum eine Mißstimmung eingetreten sei. Vizepräsident Graf Stolberg bittet den Redner, auf den Postetat zurückzukommen.

Abg. v. Razdzewski (fortfahrend) bittet, die Vorlage unter allen Umständen abzulehnen.

Abg. Singer (Soz.) bemerkt, die preußische Polenpolitik solle die Polen unterdrücken und sie unter ein Ausnahmeregime stellen. Diese Politik werde nicht eher aufhören, als bis die preußische Regierung von der Dummheit dieser Politik überzeugt sei.

Vizepräsident Graf Stolberg macht den Redner darauf aufmerksam, daß er nicht von der Dummheit der Politik der preußischen Regierung sprechen dürfe. (Schallendes Gelächter.)

Abg. Singer (fortfahrend): Seine Partei könne nicht für die Titel stimmen und wolle gerade mit dieser Ablehnung den preußischen Landtag und damit die preußische Regierung mit ihrer verkehrten Polenpolitik desavouieren.

Abg. Dr. Sattler (nat.-lib.) führt aus, es sei Pflicht der Regierung, das Deutschtum gegen den Ansturm des Polonismus zu schützen; Redner spricht sich für Bewilligung der Zulage, aber gegen deren Widerruflichkeit aus.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtschaftl. Vgg.) begründet seinen Antrag auf Streichung der Widerruflichkeit.

Abg. Gamp (Reichsp.) tritt für Widerruflichkeit der Zulage ein.

Abg. Dove (freif. Vg.) erklärt sich gegen die Bewilligung der Zulage.

Damit ist die Diskussion geschlossen. Der Antrag Liebermann wird angenommen, dann aber werden die Titel „Ostmarkenzulagen“ abgelehnt.

Eine Reihe weiterer Titel werden ohne Debatte angenommen.

Auf Anregung des Abg. Erzberger (Ztr.) weist Staatssekretär Kraetke den Vorwurf zurück, daß die Postverwaltung bei Forderungen auf Ersparnis von ihren Beamten rigoros vorgehe. Jedes Jahr würden dem Kaiser tausende von Ersparnissen unterbreitet, die dann niergegeschlagen würden.

Hierauf wird der Rest der fortdauernden Ausgaben bewilligt. Ebenso werden sämtliche Titel der einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats ohne Debatte bewilligt, bis auf den Titel „Herstellung einer Telegraphenlinie in Deutsch-Ostafrika“, den Abg. Dr. Spahn (Ztr.) zu streichen beantragt.

Staatssekretär Kraetke bittet, dann wenigstens die Mittel für eine andere, allerdings dringlichere Linie von Labora nach Wuanga zu bewilligen.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) beantragt, 300 000 Mark für die Linie Labora—St. Michael—Wuanga zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß dann auf die Linie Labora—Uiji verzichtet wird.

Kolonialdirektor Dr. Stuebel begründet die Forderung mit der zunehmenden Verbesserung der Verhältnisse in Ostafrika.

Abg. Dr. Sattler (nat.-lib.) beantragt, den Titel nebst dem Antrage Spahn an die Budgetkommission zurückzugeben.

Der Titel wird darauf an die Budgetkommission zurückverwiesen. Zu den Einnahmen liegt die Resolution des Zentrums vor betreffend Postfreiheit für Postsendungen von Soldaten an die Heimat.

Abg. Gröber (Zentr.) empfiehlt nochmals die Annahme der Resolution, die Staatssekretär Kraetke abermals bekämpft.

Abg. Günther (nat.-lib.) erwähnt, daß ein Ferngespräch von Berlin nach Königsberg 1,50 Mk. koste, von Berlin nach Pillau und München aber nur 1 Mk., obwohl diese Orte weiter entfernt seien als Königsberg.

Unterstaatssekretär Sydow erklärt, es handle sich um kleine Unebenheiten, die sich aus dem von der Verwaltung angewendeten System der Tagquadrate ergeben.

Die Resolution und die Einnahmetitel werden bewilligt.

Vor der Beratung der zum Etat vorliegenden Petitionen erklärt Staatssekretär Kraetke: Am 19. Januar d. J. bezichtigte der sozialdemokratische Abg. Hofe-Königsberg Postbeamte, das Briefgeheimnis verlegt zu haben. Der Staatssekretär des Äußeren stellte den Herren damals anheim, die Sache beim Postetat zur Sprache zu bringen. Ich habe bis jetzt gewartet und konstatiere, daß von jener Seite nichts in dieser Angelegenheit geschehen ist. Ich stelle aus Grund von Ermüdungen fest, daß kein Anlaß zu einer derartigen Beschuldigung vorliegt.

Die Petitionen werden darauf gemäß den Anträgen der Kommission erledigt.

Damit ist der Postetat erledigt, ebenso wird der Etat der Reichsdruckerei ohne Debatte angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag mittag 1 Uhr: Weiterberatung des Etats.

Schluß 6¼ Uhr.

# Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom 22. Februar 11 Uhr.

Am Ministertische: Schoenstedt u. a. Das Haus beginnt die zweite Beratung des Justizetats.

Bei den Einnahmen bringt Abg. Friedberg (nat.-lib.) den Königsberger Geheimbundprozess zur Sprache. Es sind dort Braun und Nowagroski in Untersuchungshaft genommen worden, und es ist dann eine Anklage wegen Verleumdung des russischen Kaisers und Hochverrats von den russischen Behörden erst erstrahiert worden. Nach sozialdemokratischen Blättern sollen gar keine Anhaltspunkte gegen die beiden vorliegen. Sodann kommt Redner auf die russischen Geheimagenten in Deutschland zu sprechen, denen alle mögliche Übergriffe vorgeworfen werden, bei denen unsere Polizei ihnen hilfreiche Hand geleistet habe. Namentlich auch sollen Russen ausgewiesen worden sein und zwar über die russische Grenze, was einer Auslieferung gleichkomme. Die Angelegenheit gehöre hierher.

Minister Schoenstedt: Ich bin dem Vorredner dankbar für die Ausführungen, die mir Gelegenheit geben, den Sachverhalt klarzustellen. Die Sache ist schon im Reichstage vorgekommen und hat vielfach einen falschen Eindruck hinterlassen. Im Oktober kam es zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft, daß an der ostpreussischen Grenze eine Menge Druckschriften angehäuft waren, die nach Russland gebracht werden sollten. Zugleich kam man dahinter, daß schon seit Jahren systematisch ein Schmuggel mit anarchojüdischen Schriften von der Schweiz nach Russland stattgefunden hatte, die unter Deckadressen nach Ostpreußen zunächst gesandt wurden. Die Staatsanwaltschaft in Königsberg war der Ansicht, daß es sich um eine geheime Verbindung zur Verbreitung solcher Schriften handle und leitete ein entsprechendes Strafverfahren ein. Man hatte eine Menge Schriften, die in russischer und lettischer Sprache verfaßt waren, beschlagnahmt. Ein Teil dieser Schriften bewegte sich nur in sozialdemokratischen Ausführungen, gegen die einzuschreiten uns eine gezielte Handhabung fehlte. Ein großer Teil aber war zweifellos anarchojüdisch, namentlich die bei Nowagroski gefundenen Schriften, in denen der politische Mord als gerechtfertigt erklärt und die Hoffnung ausgesprochen wird, daß Nikolaus II. auf dem Schafot sterben werde. In einer Schrift war direkt als politisches Ziel der Zarenmord hin-

gestellt, in einer anderen wird zur Revolution gegen die Regierung und Beseitigung der jetzigen Regierung aufgefordert usw. In allen Schriften wird der Terror empfohlen. Am Freitag ist in einer Reihe sozialdemokratischer Versammlungen hier eine Resolution angenommen worden, in der dagegen protestiert wird, daß man gegen Leute vorgehe, die an der Aufklärung des russischen Volkes arbeiten. Das nennt man Aufklärung! Ich nenne es Aufklärung zum Fürstenmord und Hochverrat. Es handelt sich hier um eine Straftat, die nur auf Antrag verfolgt wird. Verhaften kann man aber in solchen Fällen auch schon, ehe der Antrag vorliegt. So ist in diesem Falle verfahren worden. Die Staatsanwaltschaft hat die Leute verhaftet, dann an mich berichtet, ich habe an das auswärtige Amt weiter berichtet und die russische Botschaft hat dann Antrag gestellt, mit der ausdrücklichen Gegenleistung in ähnlichen Fällen. Man kann der preussischen Justiz keinen Vorwurf aus dieser Sache machen. Der Kampf gegen den Anarchismus ist eine internationale Angelegenheit. (Beifall rechts.) Die Angeklagten gehören sämtlich der sozialdemokratischen Partei an, die doch sonst einen so dicken Strich zwischen sich und dem Anarchismus macht. Man hat Anhaltspunkte dafür, daß dieser Schriftenschmuggel als sozialdemokratische Parteisache betrachtet wird, und daß die Parteileitung ihm nicht ganz fern steht. (Bewegung.) Redner verliest eine Anzahl Berichte von Sozialdemokraten, die das beweisen sollen. In einem Briefe an einen ostpreussischen Genossen heißt es: „Alles, was Du für die russischen Genossen getan hast, hast Du als Vertrauensmann der Partei getan.“ Es handelt sich bei der ganzen Sache um Dienste, die die deutsche Sozialdemokratie den russischen Anarchisten geleistet hat. (Beifall rechts.)

Minister von Hammerstein erwidert auf die Anfrage wegen der russischen Geheimpolizisten. Ich erkläre: Es ist der Regierung bekannt, daß bei der russischen Botschaft ein Mann angestellt ist, der die verdächtigen Russen überwacht; es ist der preussischen Regierung aber nicht bekannt, daß dieser auch preussische Staatsbürger überwacht oder eine Reihe Geheimagenten angestellt hat, die ungeseliche Dinge begehen. Redner, der sehr schwer verständlich ist, polemisiert gegen die Ausführungen Weßels im Reichstage und erklärt, wenn ein anarchojüdisches Individuum gefaßt werde, dann sei es Pflicht des Staates, ihn unschädlich zu machen, und wenn er Ausländer ist, ihn auszuweisen, wenn nötig mit Zwang. Wie letzterer angewandt werde, darüber habe nur die ausweisende Behörde zu entscheiden. Bei Anarchisten erfolgen die Ausweise stets über die Grenze ihres Heimatlandes. Das beruhe auf Verabredung und sei in der Sache begründet. Ein antilichs Einschreiten russischer Agenten in Deutschland sei aber gänzlich ausgeschlossen, habe nie stattgefunden und würde, wenn es stattfinden sollte, die schärfste Zurückweisung seitens der deutschen Behörde erfahren. Klunkerei und Matsch seien die Ausführungen der sozialdemokratischen Presse über diese Sache. Die sorgfältig angestellten Ermittlungen über die Einzelfälle hätten vollkommen ergeben, daß die Behauptungen der sozialdemokratischen Presse vollständig haltlos seien. Redner geht auf diese Einzelfälle ein und weist nach, daß dieselben ganz falsch dargestellt gewesen seien. Namentlich seien auch die Fälle, in denen preussische Behörden auf russisches Begehren russische Staatsbürger ausgewiesen hätten, vollkommen unrichtig dargestellt. Sie seien nur ausgewiesen worden, weil sie die preussische Gastfreundschaft mißbraucht hätten. Von russischen Agenten hat man in all diesen Fällen nichts gemerkt, auf keinen Fall aber könne die Rede davon sein, daß die preussische Polizei russische Geheimagenten unterstützt hätte. Die Sozialdemokratie habe die Fälle nur als Agitationsstoff für die Massen gemißbraucht, der preussischen Polizei könne kein Vorwurf gemacht werden. Die Regierung werde anarchojüdischen Vorbereitungen, mögen sie sich gegen den eigenen Staat oder gegen befreundete Staaten richten, wachsam gegenüberstehen und mit Gottes Hilfe ihr Ziel erreichen. (Beifall rechts.)

(Nachdruck verboten.)

# Gebrandmarkt.

Roman von G. Freifrau v. Schluppenbach.

I.

Auf dem Turm des „Grafenhorstes“ flatterte die blau und weiße Fahne des Grafen von Pfeilfeld. Der leichte Herbstwind strich um das alte Gemäuer, und die Abendsonne glänzte in den Fenstern, die aus kleinen vieredrigen Scheiben bestanden, welche unregelmäßig in die dicken Wände des Schlosses eingefügt waren.

Seit vielen Jahrhunderten erhob sich der schwerfällige Bau auf dem festen Felsen, der so schroff war, daß man ihn nur schwer anders als zu Fuß erklimmen konnte. Oben angelangt, schöpften die meisten tief Atem und schauten bewundernd in die herrliche Gegend, die sich zu Füßen des Grafenhorstes ausbreitete und deren landschaftliche Schönheit berühmt war. Es gab Flüsse und Seen, Wälder und Täler, dazwischen Burgenwerke, blühende Dorfschäfen und viele umliegende Güter, die zum Teil im Besitz des alten Geschlechts derer von Pfeilfeld standen.

Seit undenklichen Zeiten waren sie hier ansässig und zählten zu dem vornehmsten Adel des Landes. Grafenhorst war der Sitz des Oberhauptes der Familie, das immer den Grafentitel führte, während die übrigen Glieder des Geschlechts sich Freiherrn nannten. Das Geschlecht war weit verzweigt, und die Güter waren ungleich verteilt; es gab viele arme Pfeilfelds, die neben ihrem alten Wappenschild nichts besaßen und schwer und hart um das tägliche Brot kämpften.

Nächst dem Grafenhorst war die Pfeilburg das älteste Schloß der Familie. Im Mittelalter hatten die Raubritter, die dort hausten, die Gegend gebrandschakt. Teilweise durch eine Feuersbrunst infolge einer Fehde zerstört, stand nur noch das Hauptgebäude da; und trüblich genug blickte das ehemalige Raubnest zu Thal. Man konnte den Sagen Glauben schenken, die die Pfeilburg als Schreden der ganzen Umgegend schilderten.

Zwischen dem Grafenhorst und der Pfeilburg lagen nur einige Kilometer. Die beiden Brüder

Runo und Albrecht hatten sie erbaut; seitdem waren viele Generationen hier heimisch gewesen, viele Sätze hatten ihren Platz in der Waldkapelle gefunden, mo jung und alt im letzten, langen Schläfe ruhten. Gleich einem Kranz lagen in näherer oder weiterer Entfernung die anderen Güter der Pfeilfelds zu Füßen der beiden Hauptgeschlechter, deren Eigentümer sich mit zäher Unabgänglichkeit auf der heimischen Scholle gehalten hatten. Drißen am See leuchtete das weißgetünchte Liefenhaus; Debenweiß lag hinter dem Walde, und der Särrau und Winkelstein konnte man nach zweistündiger Fahrt erreichen. Eine große Gartenstadt befand sich in der Nähe und auch dort lebten mehrere Vertreter der Familie, Offiziere, Beamte, Witwen, alte Jungfrauen und Fräuleins; sie alle zählten sich mit Stolz zu dem Geschlecht und hielten den alten Wappenspruch: „Ehre und Treue“ hoch. Und doch gab es ein Glied der Rette, das faul und morstig war, es gab einen Pfeilfeld, der von seinen Blutsverwandten verstoßen und nicht mehr als ihresgleichen anerkannt wurde. Er hatte es reichlich verdient, war er doch so völlig aus der Art geschlagen und hatte Dinge getan, die eines Edelmannes unwürdig, ihn zu einem Hochstapler und Betrüger herabwürdigten. Daß dieses schwarze Schaf der Besitzer der ältesten Burg war, daß er die Pflicht hatte, ein Ehrenmann durch und durch zu sein, statt dessen aber ein Lagenichts war, das verzieht man ihm nicht. Der „wilde Pfeilfeld“, wie er allgemein hieß, war ein Wenig, dem eine gültige Fee alle Gaben in die Wiege gelegt zu haben schien, die ein irdisches Wesen besitzen mußte, um glücklich zu werden. Sein Vater, Günther Freiherr von Pfeilfeld, hatte eine reiche Erbin geheiratet und das Gut durch jahrelange kluge Bewirtschaftung gehoben und gebessert. Im eisernen Schrank häuften sich die zinstarrenden Papiere, und als der ältere Freiherr leider allzu früh starb, trat sein einziger Sohn Günther Erich in den ungeschmälerten Besitz des fürstlichen Vermögens. So streng der Vater auch über vieles dachte, sein vergöttertes Kind hatte er maklos verwöhnt und ihm in allen Stücken den Willen gelassen. Der Knabe verlor früh die Mutter und wuchs wie ein wildes Reiz empor, von den Dienstleuten umschmeichelt und bald ebenso sehr gefürchtet, denn nur zu früh lernte er seine Macht kennen und üben.

Schon als Jüngling nunfelte man Unvoreilhaftes über ihn, er war mit achtzehn Jahren ein Lebemann, der alle Genüsse kannte. Ein leidenschaftlicher Spieler, hatte er mehrfach große Summen verloren, und als der Vater ihn deshalb zur Rede stellte, verstand er es, sich Geld von Wucherern zu verschaffen.

Günther Erich war um diese Zeit ein bildschöner Mann, ausgehattet mit hervorragenden Geistesgaben und einem bezaubernden Wesen in der Gesellschaft. In Wien und Paris, wo er die beiden letzten Jahre gelebt, hatte er trotz seiner Jugend eine große Rolle gespielt und den schäumenden Becher der Lebenslust in tiefen Zügen gekostet. Das Geld sollte leicht durch seine Finger, und man erzählte sich von seinen kostspieligen Lagen, von seiner grenzenlosen Eitelkeit, die es allen zuvor tun wollte, ohne je daran zu denken, daß auch der tiefste Säckel erschöpft werden kann.

Anlässlich des Todes seines Vaters kehrte Günther Erich dann in die Heimat zurück.

Zahlreiche Schmarotzer umgaben den reichen, jungen Mann und heulten ihn schamlos aus. Es ging lustig auf der Pfeilburg, die glänzend restauriert worden war und in der sich prunkvolle Feste, Jagden und Gesellschaften in bunter Reihenfolge abspielten. Und trotz der unharmonischen, fremden Elemente verkehrte der Adel der Gegend dennoch mit Günther Erich. Nur der Besitzer des Grafenhorstes, Hermann August, hielt sich fast feindselig fern und lehnte alles Entgegenkommen des Betters kühl und entschieden ab.

Günther Erichs Eitelkeit war dadurch tödlich verletzt und ein Gefühl der Erbitterung besaßlich ihn, sobald er den Namen des Grafen hörte. Einmal trafen auf einer der großen Herbstjagden die beiden Gegner zusammen, sie ignorierten sich völlig und Günther Erich erlaubte sich einige verlegende Äußerungen über den verhassten Better, die diesem zu Ohren kamen. Eine Forderung war die Folge.

Hermann August bekam einen Schuß in die Schulter und behielt eine leichte Steifigkeit des linken Armes als unangenehmes Andenken an „den wilden Pfeilfeld“. Nun mußte er in die Stadt und in die Klinik des Professors L. der ihn erst nach Wochen vollständig herstellte. Der fatale Zwischenfall war dem jungen Grafen aber jetzt besonders

unangenehm, da er sich um die Gunst eines schönen Mädchens bewarb, und wie er hoffte, mit Erfolg. Er stand auf dem Punkt, sich ihr zu erklären, als ihn das Mißgeschick ereilte und er vorläufig den Gedanken aufgeben mußte, sich das Jawort zu holen.

Kurz bevor er nach Hause zurückkehrte, erfuhr er, daß sein leichtsinniger Better sich mit derjenigen verlobt hatte, die ihm so teuer war. Sie hatten sich auf einem Ball in der Nachbarstadt kennen gelernt, und der sonst sehr mährliche Günther Erich war sofort bezaubert. Gewohnt, alles, was er begehrt, zu besitzen, zauberte der Sieggemohnte nicht, und streckte fest die Hand nach der holden Menschenblume aus, die ein anderer weit mehr und tiefer als er liebte.

Hermann August aber ordnete nur seine Geschäfte daheim, dann schnürte er sein Bündel und verließ die Gegend, die ihm verleidet war, seit der neue Herr ein so flottes Regiment auf der Pfeilburg führte. Lange duldete es übrigens Günther Erich auch nicht an einem Ort. Als die Jagdzeit vorüber war, zog es ihn in die Städte zurück, in denen er seine Jugend ausgekostet. Seine Brandliebe ihn leidenschaftlich und der Abschied fiel ihr sehr schwer. Die Eltern des jungen Mädchens hatten sich anfänglich bedacht, ihre Einwilligung zu der Verlobung mit einem so leichtsinnigen Menschen zu geben, Günther Erichs Versicherungen jedoch, er wolle sich ändern, und die entschiedene Meinung Hedwigs bestimmten sie, nachzugeben. Herr von Ködler, ihr Vater, verlangte aber entschieden, daß das Paar auf der Pfeilburg leben und Günther Erich sich persönlich um die Verwaltung seiner Güter kümmern sollte. Ziemlich verstimmt mußte er das versprechen. Die Hochzeit wurde auf Ostern festgesetzt, bis dahin beschäftigte der angehende Ehemann, sich noch einmal in den Strudel des Vergnügens zu stürzen.

„Später habe ich hier doch nichts“, brummte er verdrießlich, als sein zukünftiger Schwiegervater mit ihm sprach, „es ist kein Unrecht, wenn ich jetzt noch meine Freiheit genieße.“

Herr von Ködler suchte die Nadeln. Wie viel lieber hätte er sein geliebtes Kind an der Seite des ehlen Mannes gesehen, der ihrer in jeder Hinsicht würdig war! (Fortsetzung folgt.)



Die glückliche Geburt eines Mädchens zeigen ergebenst an Bromberg, 19. Febr. 1904

Lisbeth Peschel Richard Esser Bromberg Charlottenburg im Februar 1904.

Louis Cronheim und Frau Rosalie geb. Lesser.

Josef Grützmaier im Alter von 52 Jahren.

Bernhard Tanski, 9. Komb., findet Mittwochs, den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Neu-Weiß, Drahtenstraße 28, aus statt.

Zahnerlatz Danzigerstr. 21. W. Matern.

Meine Wohnung befindet sich jetzt Wilhelmstr. 17, 2. Stg. Frau Donnerstag, Sebaume.

Junger Wolfspilz, hellgrau, entlaufen. Abzugeben gegen Belohnung bei 37 C. Albrecht, Schützenau.

Geldmarkt Suche 15 000 Mk. auf ganz sichere Hypothek.

2-3000 Mark bei halbjährlicher Abzahlung zu leihen.

10000 Mark, auch geteilt, auf hiesige Grundst. zu vergeben.

Mittwoch, 24. Februar, abends 6-7 Uhr, (36) Vortragsstunde für geistl. Musik i. d. St. Paulskirche.

Aufgebot. Die Grundbesitzer August und Klara geb. Manthey-Ragoschke...

den 16. April 1904, mittags 12 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer Nr. 9 im Landgerichtsgebäude...

den 24. d. M., vorm. von 10 Uhr ab, werde ich Neuer Markt 2 eine Partie Wirtschafts-, Haus- und Küchengerät...

Mittwochs, den 24. d. M., vorm. 10 Uhr werde Wasserstr. 4 d. Mobilkar d. verfr. Fr. Bonneck, als:

Gute Pension mit gewissenhaft. Beaufsichtigung d. Schularbeiten bei Frau Vally Menard, Wallstr. 18, II. (16)

Ca. 1000 Bände eingetroffen! Janke-Collection. Die so beliebten Janke-Romane von nur besten Autoren...

Frühlingsblumen! In prachtvoll gemischten Töpfen einzelne Giacintben, Maiblumen, Azaleen, Flieder etc., Esträucher und Kränze...

1000 Geschäftskouverts mit Druck 2,50 M., ohne Druck 1,75 M. Serie „Eternitab“ 25 St. Interessante Lektüre.

10000 Mark, auch geteilt, auf hiesige Grundst. zu vergeben. Offerten u. T. E. 41 a. d. Geschf. erb.

Nächste Woche! Ziehung 2 u. 3. März zu Berlin im Kaiserhof. XIV. Lotterie d. techn. Commission f. Trabrennen.

Baars-Geld. 6039 Gewinne Gesamtwert Mark

Lud. Müller & Co. Berlin, Breitestr. 5. Teleg.-Adr.: Looos in Bromberg bei:

Zur neuen Bauart! empfehlen wir unsere wetterbeständigen, architektonisch schön wirkenden, rot engobierten, braun, schwarz, gelb und grün glasierten Doppelfalzziegel...

Nordische Electricitäts- und Stahlwerke A.-G. Fabrik Danzig-Schellmühl und Holm. Technisch. Bureau Bromberg

Neu! D. N. Patent. Anwendung leicht. Wohnung-Anzeigen

Geucht 1 herrsch. Wohnung. 1. Etage, von 5 Zimmern, Bad u. reichl. Zubehör, per 1. Juli.

Suche Wohnung, 1 Stube u. Küche oder 2 Stuben, per 1. April in besserer Hause.

Wohnung von 4 Zimmern mit Bad und reichlichem Zubehör in meinem Neubau ist per bald oder später zu vermieten.

Fr. Hege, Bromberg gegründet 1817. Kunststuhlfabrik, Schwedenstraße 26, Verkaufshaus Friedrichstr. 24.

Schluss-Ausverkauf von Schuhwaren. Mein Laden ist anderweitig vermielet, und da ich denselben Ende Februar räumen muss...

Zur neuen Bauart! empfehlen wir unsere wetterbeständigen, architektonisch schön wirkenden, rot engobierten, braun, schwarz, gelb und grün glasierten Doppelfalzziegel...

Nordische Electricitäts- und Stahlwerke A.-G. Fabrik Danzig-Schellmühl und Holm. Technisch. Bureau Bromberg

Neu! D. N. Patent. Anwendung leicht. Wohnung-Anzeigen

Geucht 1 herrsch. Wohnung. 1. Etage, von 5 Zimmern, Bad u. reichl. Zubehör, per 1. Juli.

Suche Wohnung, 1 Stube u. Küche oder 2 Stuben, per 1. April in besserer Hause.

Wohnung von 4 Zimmern mit Bad und reichlichem Zubehör in meinem Neubau ist per bald oder später zu vermieten.

Stellen-Gesuche 1 j. tücht. Uhrmachergehilfe sucht von sofort oder etw. später Stellung.

Modenschneiderin Prinzenthal, Bismarckstr. 8, part. Erfahrene Krankenpflegerin

Stellen-Angebote Kautionsfähiger Verkauf- u. Zulassungagent

Buchhalter zum sofortigen Antritt für ein größeres Bier-Berand-Geschäft gesucht.

Arbeiter für dauernd gesucht. Max Rosenthal, Speibauer, Theaterplatz 4.

Lehrling mit einjähr. freiwill. Zeugnis ab 1. April eventl. früher gesucht.

Ein junger Hausdiener kann sofort eintreten, und ein Stubenmädchen wird vom 1. April gesucht.

Ein Anabe mit guter Handschr., d. auch leichte Gänge zu besorgen hat, sof. verlag.

1 tücht. Verkäuferin. Brandkenntnis erforderlich. 36) Bernstein & Comp.

1 gewandte Verkäuferin findet per 1. April Stellung. A. Czwiklinski.

Fr. Helg. Schellfische, f. Matjes u. Holl. Vollerhenge, Geräuch. Ries-Lachsforellen, f. Räucherlachs, Spickadee...

Sanitätsmilk b. tuberkelkr. f. g. v. Kith. 3x tägl. fr. ausbez. d. bel. rund. voll. Gesundm.

Derbes Landbrot apart im Geschmack, frei von Säure durch Säben und über die ganze Stadt regelmäßig verkehrende Lech's Verkaufswagen.

Käseherware!! liefern in der Gastenzeit täglich ein, billigst an gros u. ein detail, sowie Marienaden Krummegeffe 2 u. Mittwoch u. Sonnabend Fischmarkt.

Beamt. Gesangverein „Eintracht“. Sonnabend, 27. Februar 8 Uhr bei Dickmann (64) Herrenabend.

Sonnabend, 27. Febr. 04 präcise 9 Uhr in Patzers Festsaal: Wohltätigkeits-Vorstellung

Kaiser-Panorama Wilhelmstr. 12. - Diese Woche: Interessante Reise in Japan.

Concordia. Neues Nietenprogramm. Gastspiel des Großherzoglich sch. Hofkapellmeisters Herrn Rudolf Hoek

Concordia. Donnerstag, d. 25. Febr. 2. großer Elite-Künstler-Maskenball Anfang 9 Uhr. (632) Stadt-Theater.